

Der EU-Beitritt der Türkei und seine Spiegelung in der deutschen und türkischen Presse

Am 26. Oktober 1961 wurde über die Verhandlungen der EWG mit der Türkei im *Handelsblatt* folgendermaßen berichtet: „Zunächst noch keine Türkei-Assoziierung“. Inzwischen ist aus der EWG die EU entstanden. Europa ist ein Ort der Freizügigkeit geworden. Weder Zoll noch Schlagbäume trennen heute die Völker des vereinten Europas. Der Euro ist in den 11 EU-Staaten als gemeinsame Währung eingeführt worden. Dagegen ist die Türkei immer noch weit von Europa entfernt. Die Ursachen und Wurzeln von Fehlentwicklungen und der gescheiterten Modernisierung der Türkei stehen in einem direkten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes. So wird am 25. Oktober 1961 über die Türkei in der *Frankfurter Allgemeinen* berichtet:

„Der Chef des Generalstabs der türkischen Wehrmacht, General Sunay, hatte die Parteiführer aufgefordert, General Gürsel, seit 17 Monaten als Regierungschef amtierend, als Staatspräsidenten anzuerkennen, die von der Revolutionsregierung erlassenen Gesetze zu respektieren und ein Treuebekenntnis zu den Reformen Atatürks und den Zielen der Revolution vom 27. Mai vorigen Jahres abzulegen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. Oktober, 1961, S. 3)

Was in den vergangenen vierzig Jahren aus dem ewigen Kandidaten geworden ist, werden wir im Folgenden auswerten. Es scheint sich nicht vieles geän-

Nach nunmehr vier Jahrzehnten Anwärtschaft auf den EU-Mitgliedstatus drängt es die Türkei mit Macht in das Bündnis, zumal die jüngsten Anstrengungen des Landes zur Erfüllung der gesetzlichen Kriterien – Abschaffung der Todesstrafe, Verbesserung der Menschenrechtssituation und Stabilisierung der Wirtschaftslage – durchaus die Anerkennung zahlreicher westlicher Politiker gefunden haben. Indes wird die EU-Reife der Türkei unter anderem in Deutschland skeptisch betrachtet, in gerade jenem Land also, das von vielen Türken als Tor zu Europa gesehen wird. Die in den beiden Ländern recht unterschiedliche Bewertung des jeweils anderen zeigt sich auch in der Behandlung Deutschlands und der Türkei in der türkischen respektive deutschen Presse: So finden die Türkei und deren Wunsch nach Beitritt zur EU kaum Widerhall in den deutschen Medien, während Deutschland in der türkischen Berichterstattung einen traditionell breiten Raum einnimmt. Schließlich ist auch die Wahl der Themen selbst sowie die Art ihrer Behandlung in beiden Fällen keineswegs unproblematisch – ein Umstand, der neben anderen einer substanzialen Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen nicht gerade dienlich ist.

■ Die Türkei ist derjenige Staat, welcher am längsten Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften unterhält und mit der EU in Form einer Zollunion verbunden ist. Seit einem Jahr ist aber für die Türkei das Wartezimmer nicht mehr erträglich, wo die osteuropäischen Länder an ihr vorbeiziehen. Sie klopft so lautstark an die Tür Europas, dass es eigentlich jeder hören sollte.

dert zu haben. Die Türkei hat schon innerhalb der 40 Jahre den Status als Beitrittskandidat erhalten, die Aufnahme von Verhandlungen scheiterte jedoch bisher an den fehlenden politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland im Zusammenhang mit der EU-Kandidatur sind reich an leichtfertigen Versprechungen und enttäuschten Hoffnungen. Die Türkei ist derjenige Staat, welcher am längsten Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften unterhält und mit der EU in Form einer Zollunion verbunden ist. Seit einem Jahr ist aber für die Türkei das Wartezimmer nicht mehr erträglich, wo die osteuropäischen Länder an ihr vorbeiziehen. Sie klopft so lautstark an die Tür Europas, dass es eigentlich jeder hören sollte. Ob das Klopfen an der Tür auch seinen Widerhall in der deutschen Presse findet, werden wir untersuchen.

Auch die Meinung der Bürgerinnen und Bürger in beiden Ländern muss man einbeziehen, um akzeptiert zu werden. Denn es gilt generell, wie von E.-C. Czempiel (1981: 21) festgestellt wurde: „In in einer liberalen Demokratie führt das politische System kein Eigenleben, sondern reagiert auf Anforderungen aus seinem gesellschaftlichen Umfeld.“ Denn im Unterschied zu internationalen Beziehungen, die zwischen Regierungen ablaufen, sind politische Systeme solche, an denen gesellschaftliche Akteure beteiligt sind. In dieser Hinsicht gibt es auf beiden Seiten erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Mitgliedschaft der Türkei. Während der größte Teil der türkischen Bevölkerung (70 Prozent) sich positiv zu einer EU-Mitgliedschaft äußert (*Alkan*, 2.11.2001), wehren sich noch immer die staatstragenden Kräfte gegen EU-Reformen, mit denen sie ihre Vorherrschaft über die Gesellschaft verlieren würden. Die türkische Öffentlichkeit und das Militär sind besonders beim Thema Souveränität sehr sensibel. Auch unter den EU-Befürwortern werden Bedenken gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei geäußert, da die Reformanstrengungen der Türkei nicht gewürdigt wären. Demokratische Maßstäbe und wirtschaftliche Fortschritte sind nicht nur für die EU-Mitgliedschaft der Türkei wichtig, sondern auch, um den Erosionsprozess zu stoppen und die Glaubwürdigkeit an die politische, wirtschaftliche und militärische Elite in An-

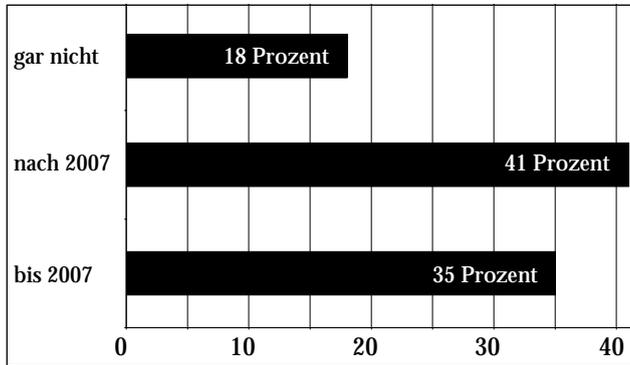
kara und Istanbul zu erhalten. Solange die ökonomischen Ungleichgewichte nicht beseitigt und über die unantastbaren Grundlagen des Staats kein verbindlicher gesellschaftlicher Konsens besteht, werden die tatsächlichen Ressourcen des Landes nicht aktiviert werden können.

Ein Beitritt der Türkei kann nur dann erfolgen, wenn die Türkei in der Lage ist, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen und den erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nachzukommen. Diese Voraussetzungen für den Beitritt belegen auch, ob die Türkei wirklich EU-würdig oder -reif ist. Wenn diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wäre ein Beitritt der Türkei auch für sie nicht von Nutzen. Es reicht auch nicht aus, dass die Türkei das gemeinschaftliche Regelwerk in innerstaatliches Recht überträgt. Sie muss auch in der Lage sein, dieses durchzusetzen und anzuwenden. Denn der Begriff „EU“ ist nicht nur eine Wirtschafts- oder Rechtsunion, sondern vielmehr eine Geisteshaltung und eine Qualität, im Gegensatz zu nationalistischer Rohheit und kleinkarierten Interessen. Doch ist es gerade jetzt angesichts der politischen und wirtschaftlichen Instabilität der Türkei notwendig, der Türkei eine konkrete Terminzusage für den Beginn von Beitrittsverhandlungen anzubieten, um die politischen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen. Denn nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten in Deutschland und in der Türkei, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind oder diese befürworten, werden von diesem Prozess betroffen. Leichter wäre natürlich, wenn türkische Politiker alle Reformen nicht zur Befriedigung der EU unternehmen würden, sondern aus ureigenem Interesse. Dann würde die Türkei auch ohne eine Terminzusage ihren demokratischen Weg für sich ebnen.

Bei der EU-Erweiterung interessiert die deutsche Öffentlichkeit vor allem, wie die Erweiterung auch sozialverträglich gestaltet werden kann. Trotz der EU-Begeisterung in der Türkei selbst sind die europäischen Politiker gegenüber dem Land skeptisch. Das Nachrichtenmagazin *Focus* (12. 08. 2002: 154–157) hat eine Meinungsumfrage veröffentlicht, die sie am 8. August 2002 in Deutschland durchgeführt hatte:

■ Ein Beitritt der Türkei kann nur dann erfolgen, wenn die Türkei in der Lage ist, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen und den erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nachzukommen.

Abbildung 1: Wann soll die Türkei in die EU aufgenommen werden?



Betrachtet man die Umfrage des *Focus* nach der Abschaffung der Todesstrafe und der Zulassung der kurdischen Sprache in der Türkei, über die eventuelle EU-Mitgliedschaft der Türkei, so kann man feststellen, dass drei Viertel der Deutschen früher oder später einen Beitritt der Türkei zur EU befürworteten, während nur 18 Prozent ihn grundsätzlich ablehnen.

In Deutschland gibt es immer noch viele Kreise, die die Türkei aus verschiedenen Gründen nicht als Partner sehen wollen.

Die europäischen Politiker begrüßen den Reform-eifer der Türken, aber zumindest auf einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen möchten sie sich nicht festlegen. In Deutschland gibt es immer noch viele Kreise, die die Türkei aus verschiedenen Gründen nicht als Partner sehen wollen. Die europäische Skepsis wird immer unterschwellig gehegt. So sind z.B. die Umfrageergebnisse in *Focus* auf dem Bild der Blauen Moschee in Istanbul unter der Überschrift „Was die Sterne sagen“, im Vorspann: „Die Blaue Moschee in Istanbul ist eines der türkischen Wahrzeichen – und Symbol für den tief verwurzelten muslimischen Glauben“ gedruckt. Dass Bilder im Allgemeinen sensationelle Teile des Berichts mit emotionaler Wirkung wiedergeben, ist bekannt. Auch die Einführung des Berichtes bedeutet, dass der wichtigste Teil am Anfang wiedergegeben wird. Daraus ist zu schließen, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei im Zusammenhang mit dem „tief verwurzelten muslimischen Glauben“ bewertet wird. Denn das Bild von der Blauen Moschee im Hintergrund mit der Erklärung der Redaktion und Umfrageergebnisse auf der gleichen Seite erwecken beim Leser den Eindruck, dass die religiöse Zugehörigkeit der Türken mit dem EU-Beitritt kombinierbar seien.

Besonders in Deutschland wird befürchtet, dass die Arbeitsplätze verloren gehen. Obwohl im Rahmen der Beitrittsverhandlungen von den Beitrittskandidaten z.B. die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zu sieben Jahren nach dem Beitritt ausgesetzt wird, gibt es immer noch mehr Befürchtungen um die hiesigen Arbeitsmärkte. Je mehr diese Argumente verbreitet werden, desto mehr deuten die nationalistisch-traditionalistischen Kräfte unterschiedlichster Orientierung in Europa sie als Bestätigung ihrer politischen Vorstellungen. Ökonomische, politische oder soziale Probleme werden zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen Fremde hochstilisiert. Christoph Butterwegge erklärt die Brisanz und Resonanz der sich in Deutschland quer durch das etablierte politische und öffentliche Gefüge hindurchziehenden Debatten als einen Beleg dafür, dass anscheinend die Themen der Rechten zu Themen der Mitte werden (Butterwegge 2002a; Butterwegge 2002b: 136–159). Solche Debatten eröffnen auch dem Rechtsextremismus exquisite Anknüpfungspunkte, der die Migranten als Konkurrenten für die knappen Ressourcen empfindet. Die prononciert nationalistischen Parteien und Gruppen in Europa, die die sozial Benachteiligten anzusprechen versuchen und besonders nach dem 11. September an Gewicht zugenommen haben, sind auch ein Ergebnis dieser Ängste. Eigentlich wird Deutschland durch die Erweiterung der EU an die Absatzmärkte in der Türkei und der umgebenden Staatenwelt heranrücken, in denen die Jugendlichen in der Bevölkerung eine große Mehrheit bilden. Von den konsumorientierten Jugendlichen wird besonders die deutsche Industrie profitieren.

Wie oben kurz angedeutet, sitzen auf beiden Seiten fehlgeleitete Vorstellungen über die Interessen und die Bedeutung der EU-Kandidatur der Türkei fest. So ist es auch ohne Zweifel im westlichen Interesse, dass der Dialog mit der Türkei auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen fortgesetzt wird.

Damit diese Befürchtungen auf beiden Seiten beseitigt werden können, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte. Meine Fragestellung in diesem Zusammenhang ist, ob und wie die deutsch-türkischen Beziehungen und die EU-Kandidatur der Türkei in der deutschen und türkischen Presse dargestellt werden.

■ Eigentlich wird Deutschland durch die Erweiterung der EU an die Absatzmärkte in der Türkei und der umgebenden Staatenwelt heranrücken, in denen die Jugendlichen in der Bevölkerung eine große Mehrheit bilden. Von den konsumorientierten Jugendlichen wird besonders die deutsche Industrie profitieren.

■ Stand der Forschung

Obwohl die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen über deutsch-türkische Medienbeziehungen in den letzten Jahren ständig zugenommen hat (für eine ausführliche Bibliographie vgl. Becker 2001: 185–193), steht die Forschung über das Deutschland- und Türkeibild noch am Anfang (Alkan 1994; Ates 2000; Gür 1998; Gökce 1988; Güvenc 1997; Quandt 1995; Sen 1997; Staab 2000; Ülger 1993). Dagegen gibt es bis jetzt – soweit uns bekannt ist – weder in Deutschland noch in der Türkei vergleichende Presseanalysen.

Hier möchte ich drei Arbeiten erwähnen, die systematisch und umfassend das Türkeibild in deutschen Zeitungen analysieren. Eine erste systematische Inhaltsanalyse zur Türkeiiberichterstattung in den deutschen Medien „Die Darstellung der Türkei, der Türken und Kurden in deutschen Massenmedien“ von Siegfried Quandt kommt zu dem Ergebnis, dass das durch die Berichterstattung vermittelte Türkeibild beim Publikum folgendes Klischee von der Türkei bedient:

„Es ist ein fremdes und schwieriges Land zwischen sehr gegensätzlichen Kräften und Orientierungen, das seine Probleme über die Einwanderer nach Deutschland exportiert und durch Konflikte seiner Landsleute hier die innere Sicherheit gefährdet“ (Quandt, S. 27).

Im Gegensatz zu Quandt kommt Alkan in seiner Arbeit *Die Perzeption der Türkei im Spiegel der westdeutschen Presse von 1960 bis 1971* zu dem Ergebnis, dass das Bild der Türkei in der deutschen Presse auf vielen Klischees beruht. Die umfangreichste Studie zum Türkeibild, *Das Türkeibild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen* von Gürsel Gür, kommt zu dem Ergebnis, dass es in den Zeitungen keine kontinuierliche Berichterstattung über die Türkei gibt. Mit dem methodischen Instrumentarium der Inhaltsanalyse werden in dieser Arbeit mehr als 3800 Zeitungsartikel analysiert, die zwischen 1987 und 1995 in den vier großen überregionalen Tageszeitungen *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* zum Themenkomplex EU-Türkei-Beziehungen erschienen sind. Die Auto-

■ Die umfangreichste Studie zum Türkeibild, *Das Türkeibild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen* von Gürsel Gür, kommt zu dem Ergebnis, dass es in den Zeitungen keine kontinuierliche Berichterstattung über die Türkei gibt.

ren der letzten zwei Studien versuchen auch, Kontinuität und Wandel in der Türkei-Berichterstattung herauszuarbeiten.

Seref Ates (2000) hat im Gegensatz zu den oben genannten Studien das Deutschlandbild in der türkischen Presse analysiert. Anhand der deutsch-türkischen Beziehungen wurden 221 Artikel aus sechs türkischen Tageszeitungen quantitativ und qualitativ analysiert. In allen vier Studien wird bestätigt, dass die Journalisten negative, sensationelle und konflikthaltige Themen aufgreifen.

■ Presseanalyse

Zur Methode

Das deutsche Türkei- und das Deutschlandbild in der Türkei sind keine konstanten Werte, sondern sie verändern sich je nach „epochalem“ Zeitgeist. Unser Anliegen ist nicht, die klischeehaften Meinungsbilder wiederzugeben und sie zu analysieren. Vielmehr möchten wir kurz konkrete Ereignisse aufgreifen, um die Wandelbarkeit dieser Bilder in der türkischen und deutschen Öffentlichkeit vergleichend darstellen zu können. Wir gehen nicht davon aus, dass die Presse allmächtig als „vierte Gewalt“ für die umstrittenen politischen Entscheidungen oder Vorurteile mitverantwortlich ist oder sie produziert:

„Die theoretischen Probleme des Transfers vom Inhalt auf Verhalten/Nutzung/Rezeption usw. konnten und können nie zufrieden stellend und übereinstimmend geklärt werden. Das Ziel beim Abbau von Vorurteilen usw. war klassisch-rationalistisch: Explizit oder implizit gab und gibt es die politische Vorstellung bei diesem Ansatz, dass ‚richtige‘ und ‚unverzerrte‘ Bilder über die türkische Bevölkerung die deutsche Bevölkerung aufklären, sie erziehen und befähigen, sich offener, toleranter usw. gegenüber einer ausländischen Minderheit zu verhalten.“ (Becker, 2002:206)

Diese Meinung unterstellt, dass den Medien allerlei Aufgaben und Leistungen zugeschrieben werden. Der folgende Beitrag hat jedoch das Ziel, ohne derartige Erwartungen den öffentlichen Diskurs über die EU-Kandidatur der Türkei in den letzten Monaten anhand der deutschen und türkischen Presse nachzuzeichnen. Der Erhebungszeitraum umfasst die Zeit

■ Das deutsche Türkei- und das Deutschlandbild in der Türkei sind keine konstanten Werte, sondern sie verändern sich je nach „epochalem“ Zeitgeist.

vom 1. Januar 2002 bis zum 15. Juli 2002. Die im Folgenden referierten Daten stammen aus einer quantitativ-qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter Printmedien der Türkei (*Hürriyet*, *Milliyet*, *Türkiye* und *Zaman*) und Deutschland (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt*) zum Thema deutsch-türkische Beziehungen im Spannungsfeld der EU-Kandidatur der Türkei. Untersucht wurden im Rahmen dieser Analyse alle in diesem Zeitraum erschienenen Artikel, in denen „Türkei, EU und Deutschland“ gleichzeitig auftreten. Von den ausgewählten Zeitungen wurden alle Artikel, in denen implizit (durch Nennung von Namen und entsprechende Hinweise) oder explizit Deutschland und deutsch-türkische Beziehungen und EU-Kandidatur der Türkei genannt wurden, für die Untersuchung herangezogen.

In der türkischen Presse (*Milliyet*, *Hürriyet*, *Türkiye* und *Zaman*) fanden sich 511 Zeitungsartikel, denen ein für die Verzahnung EU-Türkei-Deutschland relevantes Thema zugrunde liegt. In der deutschen Presse (FAZ, FR, SZ und *Die Welt*) sind es dagegen nur 115 Zeitungsartikel, die mit EU-Türkeibezug erschienen sind.

Bei der Auswahl der Zeitungen haben wir auf die Verteilung der politischen Richtungen in der Presse geachtet, um objektiv das politische Spektrum in Deutschland und in der Türkei repräsentieren zu können. Außerdem gelten die ausgewählten deutschen Tageszeitungen als „Qualitätszeitungen mit hohem journalistischen Niveau“ (Kempf 1994: 86), und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung der Politiker vor allem im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist unumstritten (vgl. Wittkämper 1981: 24–26).

Quantitative Analyse

Die vertretenen Zeitungen zeigt Tabelle 1.

■ Tabelle 1 : Sample der Organe (deutsche Presse) mit Anzahl der Artikel

<i>Zeitung</i>	<i>Beiträge-Anzahl</i>	<i>Prozent</i>
FAZ	41	35
FR	25	22
SZ	33	29
Die Welt	16	14
Gesamt	115	100

Wie aus der obigen Tabelle 1 hervorgeht, wurden im genannten Zeitraum in der deutschen Presse insgesamt 115 Artikel veröffentlicht. Wie wir später noch kommentieren werden, scheint die Zahl der Schriften, in denen die EU-Kandidatur der Türkei thematisiert wird, sehr gering zu sein. Die FAZ hat im genannten Zeitraum 41 Einzelartikel (35 Prozent) zu diesem Themenkreis veröffentlicht, während die Welt nur 16 Artikel (14 Prozent) publizierte. Während der ewige Beitrittskandidat in der deutschen Presse keine Aufmerksamkeit genießt, hat Deutschland einen Elite-Nation-Status in der türkischen Presse:

<i>Zeitung</i>	<i>Beiträge-Anzahl</i>	<i>Prozent</i>
Hürriyet	216	42
Milliyet	109	21
Türkiye	67	13
Zaman	119	23
Gesamt	511	100

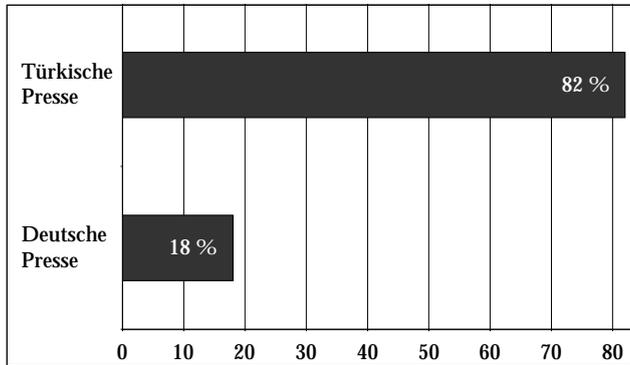
■ Tabelle 2 : Sample der Organe (türkische Presse) mit Anzahl der Artikel

Während die liberal-nationalistische *Hürriyet* in diesem Zeitraum 216 Einzelartikel (42 Prozent) zu diesem Themenkreis veröffentlicht, hat die nationalistisch-konservative *Türkiye* nur 67 Artikel (13 Prozent) publiziert. Alle türkischen Zeitungen berichten seit sechs Monaten regelmäßig über die türkische EU-Kandidatur. Sie bekennen sich zu Europa und zur Europäischen Union. Die quantitative Analyse zeigt auch, dass in der türkischen Presse der Schwerpunkt bei Meldungen und Berichten liegt, die sich mit den deutsch-türkischen Außenbeziehungen beschäftigen.

■ Alle türkischen Zeitungen berichten seit sechs Monaten regelmäßig über die türkische EU-Kandidatur. Sie bekennen sich zu Europa und zur Europäischen Union.

Die Grundlage dieser Untersuchung zum Thema „EU-Beitritt der Türkei“ bilden 626 Zeitungsartikel, die, wie gesagt, in dem Zeitraum vom 1. Januar 2002 bis zum 15. Juli 2002 in der türkischen und deutschen Presse erschienen sind. Die Anzahl der Artikel in der deutschen und türkischen Presse ist in auffallendem Maße unterschiedlich groß. Die folgende *Abbildung 2* veranschaulicht die Anteile der Beiträge in den türkischen und deutschen Zeitungen über die deutsch-türkischen Beziehungen im Zusammenhang mit der EU-Kandidatur der Türkei.

Abbildung 2: Anzahl und Verteilung der Artikel



Die von der türkischen und deutschen Presse übermittelten Themen, Ereignisse und Inhalte erzeugen eine Medienrealität, die bei den Rezipienten zu einem bestimmten Themenbewusstsein führt, das entscheidend dessen Vorstellungen von der Realität prägt. Gottschlich und Obermair (1989: 56) sind der Meinung: „Die faktische Monopolstellung der Medien bei der Produktion sozialer Realität, die das äußerste Ende dieser Entwicklungen markiert, zeigt sich dann darin, dass nur mehr jene Ereignisse, Objekte und Inhalte Einlass in die Sphäre des gesellschaftlich ‚Wirklichen‘ finden, die von den Institutionen der Massenkommunikation ‚thematisiert‘, das heißt in den Zustand von ‚Aussagen‘ transformiert werden.“

Die Ergebnisse der quantitativen Analyse lassen deutlich erkennen, dass die türkische Presse mit ihrer zahlenmäßig breiten Berichterstattung die Integration der Türken in Deutschland als Wegweiser fördert. Dagegen ist die Präsenz der Türken in der deutschen Presse sehr gering.

Die Ergebnisse der quantitativen Analyse lassen deutlich erkennen, dass die türkische Presse mit ihrer zahlenmäßig breiten Berichterstattung die Integration der Türken in Deutschland als Wegweiser fördert. Dagegen ist die Präsenz der Türken in der deutschen Presse sehr gering. Integration kann medial nur gelingen, wenn sich die Türken auch in den deutschen Medien wiederfinden. Die Presse ist eine der Schnittstellen für die Öffentlichkeitsarbeit, die Ansätze für gemeinsames Handeln fördern könnten. Trotz der großen Bevölkerungszahl der Türken in Deutschland scheint es gegenwärtig so, als leiste die deutsche Presse nur einen geringen Beitrag zur umfassenden Information ihrer Leser über die Türkei.

Abbildung 2 zeigt, wie groß der Unterschied zwischen den Beiträgen in der deutschen und türkischen Presse ist. Der Anteil der deutschen Beiträge liegt bei 18 Prozent, während der der türkischen Beiträge 82 Prozent beträgt. Diese Diskrepanz gibt

Anlass zu der Vermutung, dass die deutsche Wahrnehmung der Türkei in Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht bedeutend ist. Im Allgemeinen ist die Berichterstattung in der deutschen Presse über die Türkei nicht negativ, aber sie weist doch hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Zusammenarbeit auch erhebliche Mängel auf. Winfried Schulz (1990:116) weist über die Rolle der Selektionsmechanismen in deutschen Medien im außenpolitischen Prozess nach: „Je bedeutender und mächtiger ein Land ist, je näher es der Bundesrepublik in geographischer, politischer und kultureller Hinsicht ist, desto häufiger kommt es in den Nachrichten vor“.

Bei Auslandsnachrichten ist die Beziehungsintensität der Länder auch bedeutsam für die Berichterstattung (vgl. dazu Hagen 1995; Hagen, 1998: 149). Die Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen wird von Staab (1990:120) als die wichtigste Eigenschaft für die Auslandsberichterstattung bewertet. Auch der Status wird als wichtige Eigenschaft eines Landes im „globalen Schichtungssystem“ verstanden (Meier/Schanne 1979). Der Status der Türkei beeinflusst stark die Berichterstattung in den deutschen Tageszeitungen. Der deutlich niedrigere Anteil von Beiträgen mit Bezug auf die Türkei in der deutschen Presse (vgl. dazu Tabelle 1) lässt sich nicht mit räumlicher, wirtschaftlicher oder kultureller Nähe erklären. Wenn wir den Faktor Nähe betrachten, sehen wir, dass intensive wirtschaftliche und wegen der türkischen Bevölkerung in Deutschland auch kulturelle Beziehungen vorhanden sind. Dem entspricht aber nicht der Anteil von Beiträgen mit Bezug zu innenpolitischen Themen der Türkei in der deutschen Presse.

Qualitative Analyse

Unsere Fragestellung wird in diesem Kapitel lauten: Welche Themen werden in den deutschen bzw. türkischen Zeitungen bevorzugt? Gibt es eine Themenübereinstimmung in der türkischen und deutschen Presse oder berichten die türkischen und deutschen Zeitungen zu ganz unterschiedlichen Themen im EU-Türkei-Deutschland-Zusammenhang? Ist die Darstellung des Sachverhalts sachgerecht oder nicht?

■ Wenn wir den Faktor Nähe betrachten, sehen wir, dass intensive wirtschaftliche und wegen der türkischen Bevölkerung in Deutschland auch kulturelle Beziehungen vorhanden sind. Dem entspricht aber nicht der Anteil von Beiträgen mit Bezug zu innenpolitischen Themen der Türkei in der deutschen Presse.

Ist der vertretenen Meinung zuzustimmen oder verdient sie Kritik? Welche Faktoren bestimmen die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland? Als Faktoren bezeichnen wir bestimmte kritische Themen, die die deutsch-türkischen Beziehungen am meisten determinieren. Anschließend werden wir in Bezug auf diese Kategorien die publizierten Artikel anhand der Beispiele analysieren. Hier wurden die Türken in der deutschen Presse oder die Deutschen in der türkischen Presse im Allgemeinen nicht berücksichtigt, weil sich unsere Fragestellung nur auf die EU-Kandidatur der Türkei bezieht. Unter diesem Hauptthema wird der Frage nachgegangen, in welchem Maße das Thema mit anderen Themen in Zusammenhang gebracht werden kann.

Es kam nicht darauf an, die Artikel nach den Kriterien neutral, positiv und negativ zu bewerten. Eine derartige Bewertung kann nur vorgenommen werden, wenn sich nachweisen lässt, dass die Wirkung auch positiv oder negativ war. Nur eine wirkungszentrierte Analyse der Berichterstattung über die Ausländer oder Türken (z.B. Brosius/Esser 1995; ZfT 1995; Scheufele/Brosius 2001) könnte uns erlauben, derartige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Themenüberblick der deutschen und türkischen Presse

In diesem Kapitel werden wir alle Berichte, die in der deutschen und türkischen Presse zum Thema „EU-Beitritt der Türkei“ erschienen sind, erfassen und auswerten. Grundlage für die Auswertung ist die Einordnung der Artikel in fünf Kategorien, die wir nach inhaltlichen Schwerpunkten benannt haben. Jeder Artikel wurde dabei – nach dem inhaltlichen Schwerpunkt – nur einer Kategorie zugeordnet.

■ Tabelle 3: Gesamtprofil der deutschen Presse nach Themen und Mediengruppen

	FAZ	FR	SZ	Die Welt	Gesamt	Prozent
Innenpolitik	4	6	5	6	21	18
Kurden	6	7	8	2	23	20
Militär	17	8	14	6	45	39
Terminzusage für Beitrittsv.	8	2	4	1	15	13
EU-reif (EU-würdig)	6	2	2	1	11	10

Innerhalb der fünf thematischen Kategorien ist das türkische Militär mit 45 Berichten klarer Spitzenreiter. Fast die Hälfte der Berichte in der deutschen Presse über die EU-Mitgliedschaft der Türkei haben einen Militärbezug. Alle anderen Kategorien fallen einzeln betrachtet hinter den Militärbezug zurück. An zweiter Stelle steht die Kategorie „Kurden“. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Zahl von 21 Berichten über die Innenpolitik der Türkei. Hierbei handelt es sich um Artikel über die inneren Probleme und Spaltungen der Türkei, die eine EU-Mitgliedschaft erschweren würden.

Wie auch aus Tabelle 3 ersichtlich ist, gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Zeitungen bei der Beachtung und Gewichtung einzelner Themen. Während für die FAZ die Kurdenproblematik nur eine geringe Rolle spielt (von insgesamt 41 Berichten nur vier Berichte über Kurdenproblematik), ist für die FR (von 25 Berichten sieben über Kurden) und die SZ (von 33 Berichten acht über Kurden) die Kurdenproblematik eine der wichtigsten Kategorien. Das Hauptthema und die einzelnen Kategorien werden in der Zeitung *Die Welt* wenig beachtet.

	Hür- riyet	Milli- yet	Tür- kiye	Za- man	Ge- samt	Pro- zent
Innenpolitik	91	52	17	24	184	36
Kurden	16	10	15	9	50	10
Militär	31	11	13	21	76	15
Terminzusage für Beitrittsv.	51	21	17	31	120	23
EU-reif	27	15	5	34	81	16

Die Berichterstattung zum Thema „EU-Beitritt der Türkei“ in der deutschen Presse ergibt kein umfassendes Bild über die Lage und Bemühungen der Türkei, über die Probleme einer Mitgliedschaft sowie über die Meinungsäußerungen und Aktivitäten der Politikerinnen und Politiker in diesem Bereich. Die Konturen einer Türkei-Kandidatur erscheinen aufgrund der geringen Zahl von Bezügen auf die türkische EU-Kandidatur, die in dem Untersuchungszeitraum gefunden wurden, höchstens fragmentarisch. Die Türkei und die deutsch-türkischen Beziehungen innerhalb der EU spielen für die deutschen Zeitungen

■ Tabelle 4: Gesamtprofil der türkischen Presse nach Themen und Mediengruppen

■ Die Konturen einer Türkei-Kandidatur erscheinen aufgrund der geringen Zahl von Bezügen auf die türkische EU-Kandidatur, die in dem Untersuchungszeitraum gefunden wurden, höchstens fragmentarisch. Die Türkei und die deutsch-türkischen Beziehungen innerhalb der EU spielen für die deutschen Zeitungen nur eine geringe Rolle.

nur eine geringe Rolle. Die Türkei sieht Deutschland als die maßgebliche Instanz, die über die Mitgliedschaft der Türkei entscheiden werde. So der türkische Generalsekretär für die Türkei-EU-Beziehungen, Volkan Vural (*Hürriyet*, 15.06.02): „Vural hob hervor, dass Deutschland in der Frage des türkischen EU-Beitritts ein wichtiger Faktor sei und sagte: ‚Die Mitgliedschaft der Türkei führt über Berlin.‘“

■ Die Tatsache, dass in sechs Monaten schon 511 Artikel über die EU-Kandidatur der Türkei im Zusammenhang mit Deutschland in vier türkischen Zeitungen erschienen sind, zeigt deutlich, dass der EU-Beitritt der Türkei Teil der öffentlichen Meinung und gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden ist.

Die Tatsache, dass in sechs Monaten schon 511 Artikel über die EU-Kandidatur der Türkei im Zusammenhang mit Deutschland in vier türkischen Zeitungen erschienen sind, zeigt deutlich, dass der EU-Beitritt der Türkei Teil der öffentlichen Meinung und gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden ist. Die Berichterstattung zum Thema „EU-Beitritt der Türkei und Deutschland“ in der türkischen Presse ergibt ein umfassendes Bild über Probleme und Anliegen der EU-Mitgliedschaft des Landes sowie über die Meinungsäußerungen und Aktivitäten der Politikerinnen und Politiker und Intellektuellen in diesem Bereich. Dagegen bewerteten türkische Zeitungen noch vor zwei Jahren den „Meinungsgegenstand“ Deutschland tendenziell negativ. Deutschland und die deutsch-türkischen Beziehungen spielten für die türkischen Zeitungen nur eine geringe Rolle (vgl. Ates 2000: 32–61).

Das deutsche Türkeiimage und das Deutschlandimage in der Türkei sind keine konstanten Werte, sondern sie verändern sich je nach Epoche und Zeitgeist. Diese Studie beweist zugleich, dass Länderimages sich mit der Zeit ändern können. Nachdem die Türkei den EU-Kandidatenstatus erlangt hat, hat sich das Deutschlandimage in der türkischen Presse kontinuierlich verbessert. Die türkischen Zeitungen sind in der Behandlung deutscher Themen und der deutsch-türkischen Problematik nicht mehr zurückhaltend. Denn das Bild der Bundesrepublik Deutschland wird in der türkischen Presse mit der EU gleichgesetzt. Wenn beim Kopenhagen-Gipfel im Dezember der Türkei kein Termin für formelle Beitrittsverhandlungen genannt wird, dann wird sich das Deutschlandimage in der Türkei in kurzer Zeit ändern. Die türkische Öffentlichkeit ist auf eine Abgabe nicht vorbereitet.

Auswertung der Artikel nach Themen

Innenpolitik

Die Themen, die wir zur Innenpolitik der Türkei im Zusammenhang mit der EU zählen, sind eher kritische Themen. Negative Sachverhalte und Ereignisse sind vorrangige Nachrichtenfaktoren, die für Medienberichterstattung als genereller Trend bekannt sind (Westerstahl/Johansson 1986; Kepplinger/Weißbecker 1991). Galtung und Ruge (1970: 260) stellten einen bekannt gewordenen Katalog von Nachrichtenfaktoren als journalistische Selektionsregeln auf. Als bedeutsam gerade für die internationale Berichterstattung haben sich dabei Nachrichtenfaktoren erwiesen wie Nähe (politisch, ideologisch, wirtschaftlich, kulturell), Bezug zu Elite-Nationen und Elite-Personen, Konfliktgehalt und Negativismus.

Deutschland ist aus der türkischen Perspektive nicht nur ein Land, in dem mehr als zwei Millionen eingebürgerte und nicht eingebürgerte Türken leben, oder das der wichtigste Handelspartner der Türkei sowohl als Abnehmer der türkischen Exportwaren als auch als Lieferant der türkischen Importwaren ist, sondern es stellt vielmehr ein kulturelles Ziel dar, in dem sich das seit den Anfängen der Türkischen Republik vitale Streben der Türken nach Europa widerspiegelt. Der Staatsgründer Kemal Atatürk definierte dieses Ziel des Landes als das Bemühen, dieses „auf den Stand der zeitgenössischen Zivilisation zu bringen“. Eine EU-Mitgliedschaft des Landes ist in diesem Sinne nicht in erster Linie wichtig für wirtschaftliche Interessen der Türkei, sondern vielmehr soll damit eindeutig das seit der Gründung der Republik bestehende Bestreben der türkischen Staatseliten bescheinigt werden, die traditionelle Gesellschaft in ein modernes, westliches Land zu transformieren. Aus diesem Grunde betrifft der EU-Diskurs die Grundstrukturen des politischen Systems der Türkei.

Die massive staatliche Repression im Kampf gegen die kurdischen Bestrebungen um kulturelle Rechte und gegen islamistische Strömungen, die angeblich die Türkei von der EU abhalten, hat zu einer wachsenden Entfremdung und Radikalisierung der politischen Gruppierungen in der Türkei geführt. Beide Gruppen wurden vom Staat und dem Militär unterdrückt und marginalisiert. Während die politische

■ **Die massive staatliche Repression im Kampf gegen die kurdischen Bestrebungen um kulturelle Rechte und gegen islamistische Strömungen, die angeblich die Türkei von der EU abhalten, hat zu einer wachsenden Entfremdung und Radikalisierung der politischen Gruppierungen in der Türkei geführt. Beide Gruppen wurden vom Staat und dem Militär unterdrückt und marginalisiert.**

und wirtschaftliche Staatselite in Ankara und Istanbul die EU-Mitgliedschaft als eine Verwirklichung und als Endziel der kemalistischen Revolution betrachtet, befürworten sowohl die kurdischen Bevölkerungsteile der Türkei als auch islamistische Gruppen die EU-Mitgliedschaft des Landes mit der Erwartung, eine funktionierende Zivilgesellschaft zu errichten und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Voraussetzungen gibt es in der Türkei einen EU-Konsens. In der Öffentlichkeit verstärkt sich der Eindruck, dass nur durch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ein gesellschaftlicher Konsens bestehen könne.

So resümiert auch Rainer Hermann (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 14.07.02) die Annäherung der Türkei an die EU unter dem Titel „Das Erdbeben von Ankara“: „Wer gestern noch als progressiv galt, wie die säkularen Kemalisten, wird heute als Konservativer gescholten, weil er nicht am heiligen türkischen Staat rütteln will. Wer gestern als rechter Fundamentalist angefeindet war, findet sich heute im Lager der EU-Befürworter wieder, weil er so sein Recht auf Religionsausübung verankern will.“

■ Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der EU-Beitritt der Türkei sind als Ziele der türkischen Gesellschaft zu bewerten.

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der EU-Beitritt der Türkei sind als Ziele der türkischen Gesellschaft zu bewerten. Es sieht so aus, als ob die Türkei vor einem wichtigen Scheideweg steht. Seit der Gründung der türkischen Republik hat man sich vor den gesellschaftlichen Gruppen gescheut und sie als unwissend abgewertet. Man wollte die Bevölkerung nach westlicher Prägung formen. Mit Westen meinte man Fortschritt, Entwicklung, Rationalität und Moderne. Die Gründung eines modernen Nationalstaates westlicher Prägung war eine Kulturrevolution, die ihre Bindung mit fast allen bis dahin gültigen Traditionen brach. Becker sieht die Strukturen der traditionellen Gesellschaft nicht als vorübergehendes Phänomen, sondern definiert den Wechsel von der Tradition zur Moderne als lebendigen Prozess. So Becker (1996: 39): „Daß die traditionelle Gesellschaft der Türkei sich eben nicht überlebt hat, sondern sich vielmehr vitalisiert, ahnt mancher wache Zeitgenosse. Islamismus, völkischer Nationalismus, Ethnisierung, kultureller Revival, Fundamentalismus: Wie immer auch solche und andere Kürzel heißen, falsch ist immer die Vermutung, daß es bei solchen Phänomenen

um eine Art plötzlichen Rückfall hinter die Modernisierungsreformen von Atatürk in den zwanziger Jahre gehe.“ Diese abrupte Änderung brachte natürlich nicht den erwarteten kulturellen Wandel, sondern fesselte die Türkei zwischen dem Schein einer parlamentarischen Demokratie und dem Pathos eines statisch-dogmatischen Revolutionsgeists, der nicht gegen den Drang der Bevölkerung nach Erneuerung aufgeben will.

Historische Erfahrungen der Türkei weisen jedoch darauf hin, dass die Menschen im Osmanischen Vielvölkerstaat soziale und individuelle Praktiken hatten, welche unter den Bedingungen der Moderne und der Zivilgesellschaft noch anwendbar sein könnten. Die Individuen der vormodernen, in sich geschlossenen Gesellschaft mit traditionellen Werten, Einstellungen und Weltbildern besaßen für eine friedliche inter-ethnische und interkulturelle Koexistenz eine gewisse Kompetenz, die man unter den Bedingungen der Moderne und der Zivilgesellschaft noch anwenden könnte (Roth 2000: 8). Außerdem war die Volkskultur geprägt von einer reichen Tradition aus Sufiorden, Zünften von Männern (Ahilik) und Frauen (Baciyan) sowie Bruderschaften, die man heute durchaus als Zivilgesellschaft bezeichnen würde. Geschichtlich müsste dieser Zustand als Fortschritt gesehen werden, weil er die Relevanz gesellschaftlicher Gruppen reflektierte. Das Zusammenleben von vielfältigen Kulturen, Ethnien, Religionen und Sprachen im Osmanischen Reich ohne Ausgrenzung und Diskriminierung wurde als Ausdruck der natürlichen Rechte aller Völker verstanden. Die nationale Ideologie, die am Anfang des 20. Jahrhunderts sowohl europäische Staaten als auch die Türkei beherrschte, „verurteilte jeglichen Kulturaustausch als Kontamination“ (Roth 2000: 4). Wie auch in anderen europäischen Ländern zielte in der modernen Türkei die Schulerziehung darauf, Nationalstolz und das Gefühl der Einmaligkeit der eigenen nationalen Geschichte und Kultur zu wecken (Niedermüller 1998).

An Stelle des gelebten Modells einer zivilen Gesellschaft traten Mechanismen der staatlichen Institutionen. Obwohl europäische Staaten nach dem zweiten Weltkrieg durch die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung mehr liberalisiert wurden, hat sich die türkische zentralistische Staatsform nicht

■ **Historische Erfahrungen der Türkei weisen darauf hin, dass die Menschen im Osmanischen Vielvölkerstaat soziale und individuelle Praktiken hatten, welche unter den Bedingungen der Moderne und der Zivilgesellschaft noch anwendbar sein könnten.**

geändert. Während in europäischen Verfassungen der Schutz des Individuums nachhaltig betont wird, steht in der Türkei die stärkere Gewichtung des Staatsschutzes im Vordergrund. Seit der Gründung der Republik, die eine Revolution von oben war, ist in der Türkei eine innerlich ungleichzeitige Gesellschaft entstanden. Jetzt ist aber zum ersten Mal die Zeit gekommen, in der die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte des Individuums mehr berücksichtigt werden. Der Staat bevormundete das Volk und wollte es formen. Die Zivilgesellschaft litt darunter. Die türkischen Eliten sehen nun zum ersten Mal für die Umsetzung der Reformprozesse die EU als Katalysator. Aus diesem Grunde unterstützt die zivile Gesellschaft den Reformprozess: „Erst am Mittwoch hatten 175 türkische Nichtregierungsorganisationen gefordert, daß die türkischen Politiker für den Weg des Landes nach Europa keine weitere Zeit mehr verlieren dürften.“ (FAZ, 08.06.02) Die historische Vorherrschaft des Staats gegenüber der Gesellschaft, die auch mit den Kopenhagener Beitrittskriterien nicht übereinstimmt, wird immer noch als Konfliktmanagement eingesetzt, wenn unterschiedliche Meinungen in der Öffentlichkeit bestehen.

■ **Angesichts der Tatsache, dass der nach dem Zusammenbruch des multiethnischen Osmanischen Reichs gegründete türkische Nationalstaat eine Vielfalt an ethnischen, religiösen, kulturellen und sprachlichen Gruppen beherbergt, ist das Interesse der türkischen Wissenschaftler über die Auswirkungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen recht begrenzt.**

Angesichts der Tatsache, dass der nach dem Zusammenbruch des multiethnischen Osmanischen Reichs gegründete türkische Nationalstaat eine Vielfalt an ethnischen, religiösen, kulturellen und sprachlichen Gruppen beherbergt, ist das Interesse der türkischen Wissenschaftler über die Auswirkungen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen recht begrenzt. Wir wissen sehr wenig über die individuellen Interaktionen und die Alltagskommunikation zwischen den Mitgliedern verschiedener Gruppen, über soziale Fähigkeiten und Praktiken, über das Konfliktpotenzial interethnischer Beziehungen sowie über gesellschaftliche Prozesse. Denn Kulturen sind nicht statische Isolate, die man konserviert, sondern dynamische und offene Systeme, die sich durch Austausch ändern. Die Gründe für das mangelnde Interesse können mit „Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten“ (Heckmann 1991) erklärt werden.

Je mehr Wissen und Technologie über den Machtstatus eines Landes entscheiden, desto schwieriger wird es für die Türkei, eine nennenswerte Position zu

erlangen. Denn die Vormachtrolle der türkischen Eliten besteht nur aus einseitigem ideologischen Fanatismus, der alle Andersdenkenden ausgrenzt. Die Bevölkerungsstruktur der Türkei macht das Land zu einem jungen und dynamischen Land, aber die Probleme im Bildungs- und Ausbildungsbereich sind so enorm, dass man nicht mehr auf die Qualität achtet, sondern sich auf die Dogmatisierung der staatstragenden Grundsätze beschränkt, ohne den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Betracht zu ziehen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Türkei zu fördern und mit den Notwendigkeiten der modernen Informationsgesellschaften fertig zu werden, braucht das Land die Aufgabe aller Vorbehalte gegenüber ethnischen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Unterschieden. Nur so kann es alle Ressourcen seines Humankapitals verbessern und nutzen.

Die politische Elite in Ankara und Istanbul ergeht sich in parteitaktisch und persönlich motivierten Machtkämpfen und kleinkarierten Grabenkriegen. Weitsichtiges und entschlossenes Handeln gibt es nicht. Die Zersplitterung der rechten und linken Mitte im türkischen Parteiensystem wird durch die kleinlichen Grabenkriege geradezu liebevoll gepflegt. Das Wachsen der politischen Kräfte an den radikalen Rändern des Spektrums wird auch in der deutschen Presse als Fundamentalismusgefahr präsentiert. Dagegen kommt Christiane Schlötzer von der SZ (27.03.02) aus Istanbul in ihrem Artikel über das Kopftuch-Verbot an den Universitäten in der Türkei zu dem Schluss: „Auf Istanbuls Straßen schlendern Schülerinnen in Miniröcken mit ihren Kopftuch tragenden Freundinnen gern Arm in Arm, ungerührt vom Streit um das Stück Stoff“. Solche Berichte zeigen, dass die Berichterstattung um so sachgerechter ist, je mehr sie sich an tatsächlichen lokalen Ereignissen orientiert. Je abstrakter und weiter weg von persönlichen Kontakten und Beobachtungen, desto weniger sachkundig werden die Berichte.

In *Hürriyet* und *Milliyet* wird dagegen jedes sichtbare Zeichen von Glauben mit einer Inbrunst bekämpft, die dem gläubigen Menschen keine Existenzberechtigung zugesteht. Studentinnen mit Kopftuch werden fast wie Terroristinnen dargestellt. Sowohl der deutsche als auch der türkische Staat werden auf-

■ Die politische Elite in Ankara und Istanbul ergeht sich in parteitaktisch und persönlich motivierten Machtkämpfen und kleinkarierten Grabenkriegen. Weitsichtiges und entschlossenes Handeln gibt es nicht. Die Zersplitterung der rechten und linken Mitte im türkischen Parteiensystem wird durch die kleinlichen Grabenkriege geradezu liebevoll gepflegt.

gefordert, sich gegen die Muslime zu wenden. Unter dem Vorwand des Widerstands gegen den Terrorismus wird ein globaler Antiislamismus betrieben. Ein wichtiges Stereotyp, das sich in den türkischen Medien hält, ist das Bild der türkischen Studentinnen mit Kopftuch. Solche Beispiele zeigen, dass das Konfliktmanagement in der Türkei darauf zielt, *Unterschiede* zu beseitigen, anstatt Mechanismen und Maßnahmen der *Konfliktvermeidung* durchzusetzen.

Die EU-Beitrittsdebatte mit innenpolitischem Schwerpunkt ist in der türkischen Presse in den letzten sechs Monaten der Spitzenreiter unter den Kategorien. Jede Partei äußert sich als „EU-freundlichstes“ Team der Türkei. Die Bedeutung der Debatte über den EU-Beitritt der Türkei ist aber auch durch Pauschalurteil, begrenzt. Warum der EU-Beitritt in den letzten Monaten in der Türkei so heftig diskutiert wird, erklärt Yılmaz Öztuna in *Türkiye* (10.07.02): „Die der Türkei eigene innere Dynamik hat kaum zur Einführung einer echten Demokratie beitragen können. Der Widerstand der Status-quo-Anhänger konnte nicht gebrochen werden.“

■ Die Türken sehen die EU-Debatte als einen Anstoß zum Wandel der politischen Kultur. Die Erneuerung des Landes könne nur von außen kommen, aus Europa. So auch Yılmaz Öztuna in *Türkiye* (10.07.02): „Das alles beherrschende Thema, der einzige Faktor, der darüber entscheiden kann, wie unsere Zukunft und unsere Entwicklung sich gestalten werden, ist die EU – nur sie alleine, und sonst gar nichts.“

Die Türken sehen die EU-Debatte als einen Anstoß zum Wandel der politischen Kultur. Die Erneuerung des Landes könne nur von außen kommen, aus Europa. So auch Yılmaz Öztuna in *Türkiye* (10.07.02): „Das alles beherrschende Thema, der einzige Faktor, der darüber entscheiden kann, wie unsere Zukunft und unsere Entwicklung sich gestalten werden, ist die EU – nur sie alleine, und sonst gar nichts.“

Die EU-Kandidatur der Türkei hat somit eine gesellschaftspolitische Relevanz. Die politische Landschaft ist seit langem von Krisen, Ungewissheit und wachsender Instabilität gekennzeichnet. Der rasche und weitreichende gesellschaftliche Wandel erfordert neue Antworten auf die alten Fragen. Politische und ideologische Gegensätze in der Gesellschaft verkrusten eher, als dass an ihrer Überwindung gearbeitet würde. Allgemeine türkische Innenpolitik, wie Berichte über mangelndes Demokratieverständnis, über Korruption oder Bevormundung, über die ungleiche Verteilung der Chancen und des Einkommens werden immer wieder im Zusammenhang mit der EU thematisiert oder es werden Vergleiche angestellt.

Die EU-Debatte in der türkischen Presse wird so emotionalisiert, als ob die Zukunft der Türkei nur am

Beitritt hängen würde. So z.B. Hursit Günes in *Hürriyet* (10.07.02): „Dabei hängt die Zukunft des Landes maßgeblich von seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab.“ Diese Haltung wird dann von den EU-Gegnern kritisiert: „In den letzten Tagen kommt es geradezu einem Vaterlandsverrat gleich, gegen die EU zu sein.“ (*Türkiye*, 12.07.02)

Die deutsche Presse berichtete mehrfach über die Krankheit des türkischen Premiers. In den kritischen Stellungnahmen wird berichtet, wie Ecevit die Regierung in einer Phase der EU-Reformen lähmt. In der deutschen Presse werden einerseits die Demokratie-Defizite der Türkei aufgearbeitet, andererseits wird auch der wirtschaftliche Rückstand immer wieder betont. Das türkische Eintreten für marktwirtschaftliche Reformen in der Türkei bleibe im Wesentlichen auf politische Rhetorik beschränkt. Der Türkei sei es nicht gelungen, den großen Abstand zur EU auf wirtschaftlichem Gebiet zu verringern.

Die Hauptfunktionen einer wirtschaftlich agierenden regionalen Ordnungsmacht kann die Türkei nicht erfüllen. Die bisher gescheiterten Reformansätze, die auf die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Inflationsbekämpfung sowie auf eine Neuausrichtung der Haushaltsprioritäten abzielt, haben es unmöglich gemacht, dass die türkische Volkswirtschaft ihre Ressourcen effizienter entwickelt als bisher (vgl. Sacher 2002: 164–168). Auch Werner Gumpel (2001: 66) hält trotz der nachhaltigen Bemühungen der Türkei, ehrgeizige Wirtschaftsprogramme zu realisieren, eine EU-Mitgliedschaft für unmöglich: „Die hohe Inflationsrate stellt ein ernsthaftes Hindernis für die Aufnahme in die EU, die ja zumindest mittelfristig auch zur Mitgliedschaft in der Währungsunion führen soll, dar“. In der türkischen Außenpolitik ist das Dreieck USA-Türkei-Israel ein dominanter Faktor. Die türkische Presse berichtet, dass dieses Dreieck auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten in der Türkei für die Länder der Region agieren kann. Die These, die EU-Mitgliedschaft der Türkei kann nur durch Unterstützung der Amerikaner erfolgen, wird auch hier geäußert. Die deutliche Verschärfung der Wirtschaftskrise in der Türkei im letzten Jahr darf nicht über die erwähnten Grund-sachverhalte hinwegtäuschen. Neue Wirtschaftsbeziehungen erhalten, vor allem wenn sie mit neuen po-

■ In der deutschen Presse werden einerseits die Demokratie-Defizite der Türkei aufgearbeitet, andererseits wird auch der wirtschaftliche Rückstand immer wieder betont. Das türkische Eintreten für marktwirtschaftliche Reformen in der Türkei bleibe im Wesentlichen auf politische Rhetorik beschränkt.

■ In den türkischen Zeitungen haben die Äußerungen der deutschen Politiker über den EU-Beitritt der Türkei ein beachtliches Echo, während zu selben Zeit in der deutschen Presse darüber nicht berichtet wird.

litischen Verbindungen einhergehen, oft eine überproportionale Medienaufmerksamkeit. Auch die Zukunftsperspektiven der neuen Wirtschaftsbeziehungen geben bei einer nüchternen Betrachtung kaum Anlass zur Annahme einer grundlegenden Reorientierung der türkischen Außenwirtschaft und der ihrer neuen Partner.

In den türkischen Zeitungen haben die Äußerungen der deutschen Politiker über den EU-Beitritt der Türkei ein beachtliches Echo, während zu selben Zeit in der deutschen Presse darüber nicht berichtet wird. So z.B. *Türkiye* (14.03.02): „SPD unterstützt EU-Beitritt der Türkei. SPD-Generalsekretär Franz Münterfering hat anlässlich des Besuchs der TÜSİAD-Delgation bekräftigt, dass seine Regierung einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union unterstütze.“ Solche Berichte, die nur in der türkischen Presse zu finden sind, sind auch ein Beweis dafür, dass die deutsche Leserschaft sich nicht für den Beitritt der Türkei interessiert oder dass solche Themen übersehen werden. So auch am 29.04.02 wieder in *Türkiye*: Schily: „Wir wollen die Türkei [...] seine feste Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass die Türkei ein Teil Europas sei“. Problematisierende Äußerungen der SPD-Politiker über den EU-Beitritt der Türkei werden von den türkischen Zeitungen *Milliyet*, *Hürriyet* und *Türkiye* besonderes milde beurteilt. Wenn sich z.B. der Bundeskanzler in der FAZ offen gegen eine Terminzusage äußert, wird es in *Hürriyet* nur kurz erwähnt, dann aber mit der Begründung „Wahlkampf in Deutschland“ verknüpft.

Dagegen sei Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber gegen einem EU-Beitritt der Türkei (*Hürriyet* 13.06.02): „Die Union strebe, so Stoiber am Mittwoch in Berlin, vielmehr ein Mitspracherecht der Türkei im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an“. Die Haltung der CDU wird in der türkischen Presse heftig kritisiert, weil sie der Türkei eine Integration unterhalb der Schwelle der Vollmitgliedschaft anbiete.

Kurden

Das Thema „Kurden“ im Zusammenhang mit der EU-Kandidatur der Türkei spielt nicht mehr eine so große Rolle in der deutschen Presse, wie es Mitte der neunziger Jahre der Fall war. Die politischen De-

monstrationen der PKK und die an Gewalt orientierte Berichterstattung über Kurden waren die signifikanten Merkmale der deutschen Presse über die Kurdenproblematik (Scheufele/Brosius 2001: 447–473). Die Berichte über die Kurdenproblematik in den letzten sechs Monaten lassen sich in drei Arten unterscheiden. Zum ersten Typ gehören die Berichte über die Abschaffung der Todesstrafe, die direkt eine politisch-öffentliche Debatte um den PKK-Chef Öcalan mitbringt. Der zweite Typ bezieht sich auf die kulturellen Rechte der Kurden, wie z.B. das Verbot der kurdischen Sprache im türkischen Erziehungswesen oder das kurdischer Namen. Der dritte Typ sind die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Kurden, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (wegen Folter, Dorfzerstörungen und Misshandlungen durch Organe der türkischen Regierung) verurteilt wurden.

Während die Zeitung *Die Welt* die Kurdenproblematik mit nur zwei Berichten eher distanziert betrachtet, werden besonders in der *Frankfurter Rundschau* (28 Prozent) und der *Süddeutschen Zeitung* (24 Prozent) Kurden als Opfer und türkische Polizisten und das Militär als Aggressoren dargestellt. Dagegen finden die politischen Debatten um das „Kurdenproblem“ in den türkischen Zeitungen eine breite Beachtung. In den türkischen Zeitungen wird das Kurdenproblem öfter im Kontext mit amerikanischen Nahostplänen erwähnt. Dass die Türkei der einzige moslemische Staat laizistischer Prägung in der Region ist, wird hervorgehoben. Demokratie und Menschenrechtsreformen sollten durchgeführt werden; die Türkei müsse sich die Kriterien der Europäischen Union zu eigen machen, um den Autonomiebestrebungen der Kurden entgegenzukommen.

Die Zulassung der kurdischen Sprache galt als Voraussetzung für die Annäherung der Türkei an die EU. Die Todesstrafe, die wie ein Felsblock auf Ankaras Weg nach Europa lag, wurde am 5.8.2002 mit einer großen Mehrheit im türkischen Parlament abgeschafft. Ob Ankara jetzt im Dezember 2002 einen Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen erhält, ist immer noch ungewiss. So auch der *Zaman*-Kolumnist Mustafa Ünal (20.02.02): „Auf dem Weg der Türkei nach Europa ist die Todesstrafe die beschwerlichste Hürde. Ihre Abschaffung gehört zu

■ Die Zulassung der kurdischen Sprache galt als Voraussetzung für die Annäherung der Türkei an die EU. Die Todesstrafe, die wie ein Felsblock auf Ankaras Weg nach Europa lag, wurde am 5.8.2002 mit einer großen Mehrheit im türkischen Parlament abgeschafft.

den vorrangigsten Zusagen an die EU. Die Türkei steht vor der Notwendigkeit, diese beschwerliche Hürde zu nehmen, wenn sie auf dem Wege nach Europa weiterkommen will.“

Die türkischen Zeitungen sind bei der Kurdenproblematik sehr sensibel. Wie z.B. *Hürriyet* (08.05.02): „Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, hat auf einer Veranstaltung des Essener Zentrums für Türkeistudien die Anwesenden brüskiert. Volmer sagte: „Im Nahen Osten gibt es drei Volksgruppen ohne eigenen Staat, nämlich die Palästinenser, die Armenier und die Kurden.“ Mit solchen Zitaten will die türkische Presse beweisen, dass auch Deutschland die Spaltung der Türkei fordert. Je mehr man sich in Deutschland kritisch mit der Türkei auseinandersetzt, desto mehr werden die deutsch-türkischen Beziehungen belastet.

Die Rolle des Militärs

■ Während für die türkische Presse das Militär ein Tabu-Thema zu sein scheint (15 Prozent), hat die türkische Armee ein hohes Ansehen in der deutschen Presse. Fast die Hälfte der Türkeiberichterstattung (39 Prozent) in der deutschen Presse hat einen militärischen Bezug.

Während für die türkische Presse das Militär ein Tabu-Thema zu sein scheint (15 Prozent), hat die türkische Armee ein hohes Ansehen in der deutschen Presse. Fast die Hälfte der Türkeiberichterstattung (39 Prozent) in der deutschen Presse hat einen militärischen Bezug. Die deutsche Presse versucht besonders in außenpolitischen Angelegenheiten und im Bereich der Sicherheitspolitik die Perspektive des türkischen Militärs wiederzugeben. Bei der hohen Zahl der außenpolitischen Themen handelt es sich um die Formel der Regionalmacht, ein politisches Modell für Afghanistan oder um andere islamische Länder. Da selbst bei rein außenpolitischen Themenschwerpunkten über die Rolle des türkischen Militärs prononciert berichtet wird, ist dieser ganze Bereich der Kategorie „Militär“ zugerechnet worden.

Der normale außenpolitische Reflex der türkischen Führung ist reaktiv-defensiv. Die Sozialisation der türkischen Staatseliten, einschließlich der Militärführung, ist von den USA abhängig. Sie sind auch glücklich über die Abhängigkeit der Türkei von den Vereinigten Staaten und verzichten auf jede eigenständige Außenpolitik. Die türkischen Staatseliten erwarten auch von europäischen Ländern eine selbstverständliche Unterstützung. Das strategisch-politische Konzept der Türkei in den letzten Jahren besteht vorwiegend in dem Bestreben, die Außenpolitik der

Türkei nach dem Kalten Krieg in der Achse USA-Israel zu bestimmen. Die militärische Kooperation mit Israel, die strategischen Ziele der USA im euroasiatischen Raum sowie die potenzielle Rolle der Türkei als Durchgangsland für die Öl- und Gasexporte der kaspischen Region verliehen der Türkei in der regionalen Politik der USA elementare strategische Bedeutung. Der Reichtum an Energie und industriell wichtigen Rohstoffen in der Region eröffnet für die Türkei aus dem Transit oder der Weiterverarbeitung dieser Güter neue Möglichkeiten. Insgesamt ist es offenkundig, dass die geostrategische Rolle der Türkei nach dem 11. September noch einmal wichtiger geworden ist.

Die strategisch-politischen Leitvorstellungen der westlichen Türkeipolitik sind besonders aktiv nach Krisensituationen, wie nach dem Golfkrieg oder nach dem 11. September, oder wenn ein Feldzug gegen einen „Schurkenstaat“ (Schiller 2000: 44) notwendig wird. Der zuverlässige Partner Amerikas in Krisensituationen mit einer der größten Armeen auf der Erde genießt – wenn auch nur vorübergehende – Unterstützung von den Vereinigten Staaten. In der politischen Führungsschicht der Türkei wird dieser „Teilzeitjob“ so wahrgenommen, dass auch die deutsche Presse die Türkei als eine ordnungsbildende Regionalmacht definiert: „In einem machen der Weltpolizist Vereinigte Staaten und der Regionalpolizist Türkei ähnliche Erfahrungen: Wer als selbstsichere Ordnungsmacht auftritt, muss nicht beliebt sein.“ (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 20.01.02)

Um als Regionalpolizist, Ordnungsmacht, Stabilitätsfaktor oder als Modell – wie es in der deutschen Presse definiert wird – wirken zu können, bedarf die Türkei nicht nur militärischer Fähigkeiten, sondern auch politischer Stabilität und wirtschaftlichen Potentials. Angesichts der ungelösten Probleme wie der anhaltenden Wirtschaftskrise, des ständig wachsenden sozialen Gefälles, der hohen Arbeitslosigkeit und der systematischen Entmutigung der Zivilgesellschaft führen solche geläufigen Floskeln westlicher Politikrhetorik, die auch von der türkischen Presse gerne zitiert werden, in der türkischen Öffentlichkeit zur Enttäuschung und zum Vertrauensverlust gegenüber der westlichen Türkeipolitik. Die Türkei als Regionalmacht wird ohne entscheidende Verbesserung

■ **Insgesamt ist es offenkundig, dass die geostrategische Rolle der Türkei nach dem 11. September noch einmal wichtiger geworden ist.**

ihrer nationalen Ressourcen, sei es im Bereich ihres Humankapitals, der ungenügenden Finanz- und Wirtschaftsausstattung oder der mangelnden demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, nicht in der Lage sein, in umfangreicher Weise in den islamischen Ländern oder in den Turkrepubliken als „Modell“ zu gelten. Obwohl die Türkei fall- und kontextbezogen an Gewicht zugenommen hat, wird sie in der Presse als Regionalmacht dargestellt, was in der Öffentlichkeit in Bezug auf den EU-Beitritt zu großen Erwartungen führt. Heinz Kramer von der Stiftung Wissenschaft und Politik warnt in seiner sicherheitspolitischen Studie *Die Türkei als Regionalmacht, Brücke und Modell* (1995: 60) die deutsche/westliche Politik beim Gebrauch der Formel Regionalmacht: „Jeder deutsche oder westliche Versuch, die Türkei zu sehr in eine aktiv ordnungsgestaltende Rolle zu drängen oder deren Wünschbarkeit zu prononciert hervorzuheben, kann zur Destabilisierung der Türkei und zur weiteren Aushöhlung des deutsch-türkischen Verhältnisses beitragen.“

■ Die deutschen Interessen an der Türkei bei den neuen internationalen Verhältnissen unterscheiden sich wesentlich von den amerikanischen Interessen. Das gilt sowohl für die Formel der ordnungsbildenden Regionalmacht als auch für die der Brücke zwischen Islam und Abendland.

Die deutschen Interessen an der Türkei bei den neuen internationalen Verhältnissen unterscheiden sich wesentlich von den amerikanischen Interessen. Das gilt sowohl für die Formel der ordnungsbildenden Regionalmacht als auch für die der Brücke zwischen Islam und Abendland. Der Versuch der USA, die Rolle der Türkei in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu sehr hervorzuheben, hat negative Auswirkungen auf die deutsch-türkischen Beziehungen. Von den Vereinigten Staaten ist seit langem bekannt, dass sie das Nato-Mitglied Türkei auch in die EU integriert sehen wollen.

Die Türkei hat das Kommando der internationalen Schutztruppe für Afghanistan (Isaf) übernommen. Weil weder Deutschland noch ein anderes westliches Land sich bereit erklärt hatten, die Briten abzulösen, hat sich die Türkei zur Übernahme bereit erklärt. Sowohl die türkische als auch die deutsche Presse haben die Führungsrolle der Türkei auch mit dem EU-Beitritt begründet. Die Türkei könnte mit einem erfolgreichen Einsatz in Zentralasien Punkte sammeln, die es auf Dauer für Berlin schwermachen könnten, das Land auf Distanz zur EU zu halten.

Gerd Höhler, Türkei-Korrespondent der FR, hebt am 06.04.02 bei einer eventuellen Übernahme des

Kommandos die Rolle der Türkei folgendermaßen hervor: „Die Türkei würde damit auch ihre Rolle als Stabilitätsfaktor in der Region unterstreichen“. Die neue Rolle der Türkei wird in der FAZ (20.01.02) mit den Worten von US-Verteidigungsminister Rumsfeld gekennzeichnet: „Lob erhielt die Türkei von Verteidigungsminister Rumsfeld. Er pries sie als Modell für Afghanistan und für die muslimische Staatenwelt.“

Die Terroranschläge gegen Amerika vom 11. September 2001 haben die Bedeutung des Modells einer Staatenkoalition wie im Golfkrieg nochmals unterstrichen: Die Vereinigten Staaten holen eine Abordnung „freiwilliger Staaten“ zusammen, die ihnen bei der Wiederherstellung der Ordnung helfen. Nach dieser Auffassung muss man sich der – wenn auch nur vorübergehenden – Unterstützung von Partnern versichern. Deutschland und die Türkei sind in diesem Sinne immer zwei Partner, die den gleichen Wert im internationalen Staatensystem haben, wie in der FAZ am 29.01.02 resümiert wird: „Wenn Türken und Deutsche die Sicherheit für Afghanistan organisierten, hätte Ankara ein Argument mehr für ein Ziel zur Hand, das das Wohlgefallen Amerikas findet.“

Die zugesagten Milliardenkredite des IWF oder die Führungsrolle in der internationalen Afghanistan-Schutztruppe wären vor dem 11. September nicht denkbar gewesen. Das wachsende militärische Gewicht verdankt das Land seiner geostrategischen Bedeutung als Tor zum Islam. Die rot-grüne Koalition in Berlin, die jahrelang gegen die Waffenlieferungen an die Türkei auftrat, modifizierte ihre Haltung, nachdem der Nutzen der Türkei für die westlichen Interessen vermeintlich erkennbar wurde. Diese neue Haltung der deutschen Außenpolitik, die von den objektiven nationalen Interessen der BRD ausgeht, wurde von der türkischen Presse als Bestätigung der türkischen Politik gegen den separatistischen und islamistischen Terror bewertet. Die ambivalente Haltung der deutschen Außenpolitik in Krisensituationen wurde in der türkischen Presse in einem innenpolitisch motivierten Argumentationszusammenhang herangezogen, um die westlich orientierten Demokraten und Menschenrechtsorganisationen davon zu überzeugen, dass die Deutschen sofort auf ihre Prinzipien verzichten würden, wenn es sich um finanzielle oder strategische Vorteile handle.

■ Die zugesagten Milliardenkredite des IWF oder die Führungsrolle in der internationalen Afghanistan-Schutztruppe wären vor dem 11. September nicht denkbar gewesen. Das wachsende militärische Gewicht verdankt das Land seiner geostrategischen Bedeutung als Tor zum Islam.

Wenn wir besonders die außenpolitische Berichterstattung neben anderen Faktoren als ein Indiz der offiziellen Wahrnehmung betrachten, lassen sich die zahlreichen (39 Prozent der gesamten Türkeiberichterstattung) und positiven Medienberichte über das türkische Militär in der deutschen Presse kumulativ nur mit der Annahme erklären, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus in den beteiligten Regierungen, sowohl in Ankara als auch in Berlin, eine koordinierte und effektive Medienstrategie erzeugt hat, die die kritische Berichterstattung ausschließt. Somit werden ein politisches System und dessen Institutionen, die mangelhafte Demokratie und Verletzungen der Menschenrechte hervorbringen, unterstützt und gestärkt, damit man im Westen den diffusen Fundamentalismus-Ängste vorbeugt. Wenn es um die Errichtung einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung geht, sind die proeuropäischen Kräfte in der Türkei enttäuscht, wie sich in Deutschland alles geändert hat. Der weitgehende Verlust der Glaubwürdigkeit – einer im Übrigen immer wichtiger werdenden moralischen Qualität –, die mit dieser nahezu vollständigen Imagedemontage Deutschlands verbunden ist, kann nicht mit den Prioritäten der deutschen Außenpolitik übereinstimmen. Die ausgeprägte Kontinuität der deutschen Außenpolitik, die sich darum bemüht, die Demokratie auszuweiten und als „Zivilmacht“ zu fungieren (Maull, 2001: 5), wird mit ihrer Neuorientierung besonders in islamisch geprägten Ländern in Bezug zur demokratischen Staatsordnung und Konfliktlösung Zweifel wecken.

Terminzusage für Beitrittsverhandlungen

Die EU wird im Oktober dieses Jahres ihren Fortschrittsbericht veröffentlichen und auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden. Ob die Türkei einen Fahrplan für die Beitrittsverhandlungen erhalten wird, hängt davon ab, ob sie die sogenannten Kopenhager Kriterien erfüllt hat.

Wie wichtig die Terminzusage ist, erklärt M. Ali Birand in *Hürriyet* (10. Juli): „Der EU-Gipfel am 12. Dezember ist für die Türkei von eminenter Bedeutung. Auf diesem Gipfel wird die Europäische Union über ihre Erweiterung entscheiden. So soll unter anderem ein Zeitplan für die Aufnahme der zwölf

■ Die EU wird im Oktober dieses Jahres ihren Fortschrittsbericht veröffentlichen und auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden. Ob die Türkei einen Fahrplan für die Beitrittsverhandlungen erhalten wird, hängt davon ab, ob sie die sogenannten Kopenhager Kriterien erfüllt hat.

Beitrittskandidaten genannt werden. Und zurückbleiben wird alleine die Türkei.“

Hürriyet, Sedat Ergin (26.4.): „In Zeiten des wirtschaftlichen Stillstands und steigender Arbeitslosenzahlen reagiert die deutsche Öffentlichkeit allergisch auf die Erweiterung der Europäischen Union. Aus diesem Grunde wäre es unrealistisch, von den Sozialdemokraten wie auch von den Christdemokraten im Vorfelde der Bundestageswahl etwas zu erwarten.“

Während in der deutschen Presse mit der EU-Erweiterung nur die Osterweiterung gemeint ist, wird in der türkischen Presse über die Vorteile einer Vollmitgliedschaft der Türkei berichtet, die zur künftigen Stabilität Europas beitragen wird. Diese Perspektive zeigt auch gleichzeitig die Bestandsaufnahme der türkischen Regierungen. So z.B. der türkische Botschafter in Berlin, Osman Korutürk (*Türkiye* 16.06.02): „Korutürk unterstrich den möglichen Beitrag der Türkei zur EU und gab zu bedenken, dass trotz aller Bemühungen Deutschlands von einer europäischen Präsenz im Kaspischen Meer und im Kaukasus nicht die Rede sein könne.“ In *Hürriyet* (19.04.02) wird z.B. argumentiert, dass die Türkei wegen ihrer Nähe zu islamischen Ländern in die EU aufgenommen werden sollte: „Wir sind die Brücke zu islamischen Ländern. Die EU muss uns sofort aufnehmen.“

Für Deutschland ist in erster Linie die Osterweiterung Europas wichtig. Deutschland will nicht das EU-Land an der Grenze zum Osten sein. Dafür liegen politische und strategische Argumente vor. So wird auch die Äußerung von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, dass die Türkei außerhalb der geographischen Eingrenzung Europas angesiedelt sei, skeptisch betrachtet. Etwa in *Milliyet* (13.06.02): „Die geographische Grenze Europas ist nicht mit der türkischen Grenze gleichzusetzen“, sagte Stoiber am Mittwoch in Berlin“. In der Zeitung *Zaman* (24.6.02) wird auch die Meinung des Bundeskanzlers über die Terminzusage wiedergegeben: „Bundeskanzler Schröder hat am Rande des Gipfels von Sevilla Bedenken gegenüber der Zusage einer Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei geäußert. ‚Ich glaube nicht, dass [...] es die Chance auf einen verbindlichen Zeitplan gibt‘ sagte Schröder zur Ankündigung von Spaniens Außenminister Josp Pi-

■ Für Deutschland ist in erster Linie die Osterweiterung Europas wichtig. Deutschland will nicht das EU-Land an der Grenze zum Osten sein. Dafür liegen politische und strategische Argumente vor.

que, die EU könnte beim Erweiterungsgipfel in Kopenhagen im Dezember ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nennen.“ Trotz der türkischen EU-Begeisterung und des Reformwillen möchte sich von deutscher Seite niemand zu diesem Zeitpunkt äußern. Außenminister Fischer bezeichnete einen Beitritt der Türkei zur EU als „sehr, sehr offen“, doch es gebe sehr viele Fragezeichen, ein Datum für einen Beitritt zeichne sich nicht ab“ (FAZ, 26.06.02).

Die EU-Skeptiker in der Türkei heben natürlich die listige Zurückhaltung der europäischen Politiker hervor, um die türkischen EU-Ambitionen bloßzustellen. So z.B. Necati Özfatura in *Türkiye* (12.07.02): „Die ehemalige EG und heutige EU lässt uns seit 1952 vor ihren Toren stehen, und sie wird auch weitere fünfzig Jahre damit zubringen, uns warten zu lassen. Und wenn es ihr erst einmal gelungen ist, die Türkei zu spalten, wird sie sich gerade einmal dazu bereit finden, uns einen Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu nennen.“

■ In der türkischen Presse hofft man, dass die USA die EU drängen werden, der türkischen Regierung Beitrittsverhandlungen anzubieten.

In der türkischen Presse hofft man, dass die USA die EU drängen werden, der türkischen Regierung Beitrittsverhandlungen anzubieten. Dagegen gibt es sogar Befürchtungen türkischer Kolumnisten wie Hadi Uluengin in *Hürriyet*, die enge Kooperation der Türkei gefährde die Chancen der Türkei bezüglich der EU, weil diese neben England keinen zweiten Spion der USA dulden werde. Die deutsche Presse ist skeptisch gegenüber einer Terminzusage. In den Zeitungen wird z.B. die Reform des Fernsehgesetzes als „kein Fortschritt, sondern als drei Schritte zurück“ bewertet. In der deutschen Presse findet man kritischen Beistand nicht nur für das neue Mediengesetz, sondern auch für die Novellierung der Strafrechtsparagrafen 159 und 312 zur Meinungsfreiheit, für die dominierende Rolle, die das Militär in der türkischen Politik spielt, sowie für die unantastbaren kemalistischen Prinzipien, die den Weg der Türkei zur EU blockieren.

Wenn die EU im Dezember dieses Jahres keine konkrete Terminzusage für den Beginn von Beitrittsverhandlungen an die Türkei gibt, werden die Kemalisten und Nationalisten versuchen, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit der Alternative eines nationalistischen Etatismus zu begegnen.

EU-reif

Ob die Türkei beitragsreif ist, wird in der türkischen Presse ausführlich diskutiert. Besonders liberale Kolumnisten wie Cüneyt Ülsever oder M. Ali Birand haben etliche Artikel veröffentlicht, in denen sie die türkische Regierung aufforderten, die EU-Kriterien zu erfüllen. So z.B. Cüneyt Ülsever in *Hürriyet* (28.01.02): „Solange die Türkei ihre Sicht der Dinge nicht den EU-Standards angleicht, ist auch nicht zu erwarten, dass sie Mitglied der Union wird – selbst dann nicht, sollte ihr die Reform auf dem Papier gelingen.“

Ein Anlass für diese Debatte war der Hacker-Skandal im Februar. Der elektronische Schriftverkehr zwischen Brüssel und der EU-Vertretung in Ankara wurde ausspioniert und in den Zeitungen veröffentlicht. Die elektronische Kommunikation zwischen Brüssel und der EU-Vertretung in Ankara ist eigentlich nach internationalem Recht geschützt. Dennoch wurde sie durch verfälschende Interpretationen genutzt, um öffentlich gegen die EU und persönlich gegen deren Repräsentantin in Ankara, Karen Fogg, zu hetzen. Die Veröffentlichung der illegal mitgelesenen E-Mails wurde aber von der türkischen Regierung nicht untersagt – obwohl in der Türkei täglich Bücher und Zeitungen beschlagnahmt oder Fernsehsendungen verboten werden. Nach diesem Skandal wird in der türkischen Presse über die Abberufung Karen Fogs berichtet, während die deutsche Presse den EU-Beitritt der Türkei in Frage stellt: „Da werden etwa tagelang E-Mails der EU-Botschafterin aus Ankara publiziert, bis die Regierung ihren Mut zusammennimmt und den unbekanntem, vermutlich staatlichen Hackern mit Strafe droht. Die EU wird sich auch im Jahr 2002 schwer tun, der Türkei das gewünschte Datum für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen zu geben“. (SZ, 21.02.02)

Die öffentliche Diskussion über die Defizite der Türkei, die behoben werden müssen, damit die Türkei EU-reif ist, konzentriert sich sowohl in der türkischen als auch in der deutschen Presse vielmehr auf die politischen Reformen, während das niedrige wirtschaftliche Niveau immer vernachlässigt wird. *Hürriyet* (02.07.02): „Kein Datum für EU-Beitritt der Türkei [...] Die EU-Kommission ist nicht bereit, der Türkei ein Datum für den Beginn von Verhandlungen

■ Die öffentliche Diskussion über die Defizite der Türkei, die behoben werden müssen, damit die Türkei EU-reif ist, konzentriert sich sowohl in der türkischen als auch in der deutschen Presse auf die politischen Reformen, während das niedrige wirtschaftliche Niveau immer vernachlässigt wird.

■ Im Diskurs über inner-türkische Probleme wollen türkische Politiker oft ihre innenpolitischen Gegner attackieren. Europa suche immer neue „Ausreden“, um der Türkei die Vollmitgliedschaft zu verwehren. Die Türkei sei fortgeschrittener als Bulgarien oder Rumänien, mit denen die EU schon seit Ende 1999 verhandele.

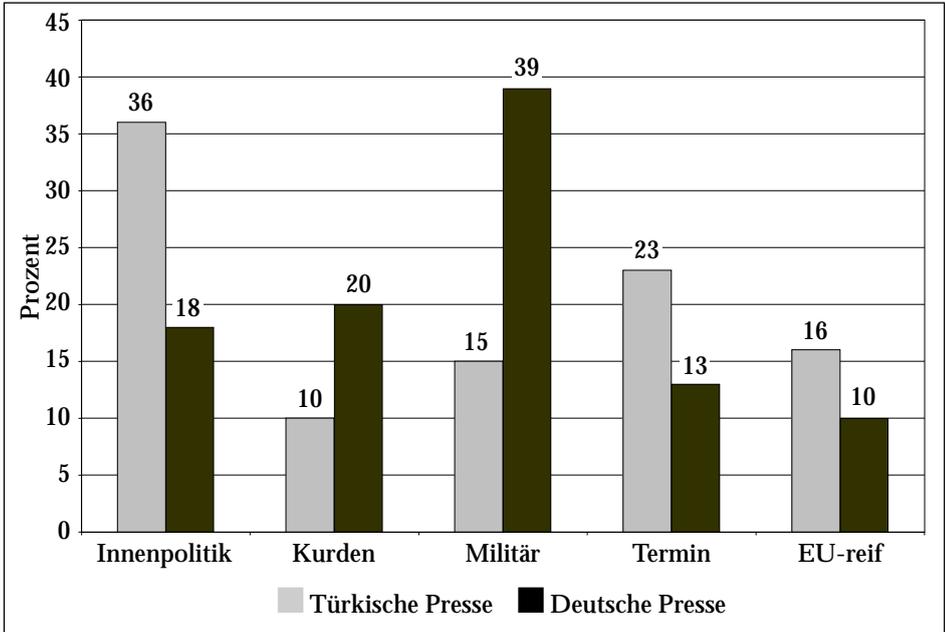
über eine Aufnahme in die EU in Aussicht zu stellen, bevor alle Beitrittsbedingungen erfüllt sind.“ In solchen Berichten wird immer auf die politischen und rechtlichen Reformen Wert gelegt. Die hohe Arbeitslosigkeit, die hohen Agrarsubventionen und die Tatsache, dass der Agrarsektor eine wichtige Rolle in der Volkswirtschaft einnimmt, wird immer verschwiegen. *Türkiye* 08.05.02: „Deutsche unterstützen EU-Beitritt“: „Im Anschluss an eine Veranstaltung des Essener Zentrums für Türkei Studien hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, versichert, dass die rot-grüne Regierungskoalition den Beitritt der Türkei zur EU auch weiterhin unterstützen werde.“

Im Diskurs über innertürkische Probleme wollen türkische Politiker oft ihre innenpolitischen Gegner attackieren. Europa suche immer neue „Ausreden“, um der Türkei die Vollmitgliedschaft zu verwehren. Die Türkei sei fortgeschrittener als Bulgarien oder Rumänien, mit denen die EU schon seit Ende 1999 verhandele. Auf Grund der schlechten Menschenrechtssituation fordert die EU vor allem weitere Fortschritte bei dem Verbot der Todesstrafe sowie im Bereich der ethnischen Rechte. Die EU dringt darauf, den Einfluss der türkischen Militärs auf die Politik zu reduzieren. In der FAZ (14.06.02) wird diese Bewertung unter dem Titel „Brok: Türkei weiter nicht beitragsreif“ folgendermaßen wiedergegeben: „Maßgeblich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sei, ob ein Bewerberland die politischen Kriterien dafür erfülle. Dies sei bei der Türkei ungeachtet von Fortschritten bei der rechtsstaatlichen Entwicklung nach wie vor nicht der Fall.“

Vergleichende Auswertung und Schlußfolgerung

Den Vergleich der Themenschwerpunkte über den EU-Beitritt der Türkei in der deutschen und türkischen Presse gibt Abbildung 3 wieder. Wir haben versucht, die deutsch-türkischen Beziehungen im Rahmen der EU-Debatte in der türkischen und deutschen Presse nachfolgend zu skizzieren. Die politisch bereits in Europa verankerte Türkei hat bezüglich der politischen Fragen erhebliche Defizite bei den Angleichsbemühungen. Die Selbstwahrnehmung der Türkei beeinflusst Ansprüche und Einschätzungen in Bezug auf die EU und Deutschland. Die geläufigen Floskeln deutscher und türkischer Politikrhetorik in

■ **Abbildung 3: Vergleichende Themenschwerpunkte**



der Presse zeigen, dass auf beiden Seiten fehlgeleitete Vorstellungen über die Interessen und die Bedeutung der jeweils anderen Seite festsitzen. Das Bild der deutsch-türkischen Realität wird sicher nicht nur durch die Presse allein geformt, aber die Kumulation durch das periodische Erscheinen gibt den Massenmedien eine besondere Wirkungschance. Durch die aktuelle Lage zwischen beiden Ländern, die das Ergebnis einer Entwicklung von vierzig Jahren ist, ist die Dringlichkeit eines besseren Kennenlernens ungleich größer geworden. Der deutsch-türkische Dialog muss offen die bestehenden Schwierigkeiten, die nicht zuletzt in den unterschiedlichen Kulturen liegen, benennen. Insgesamt gesehen sind aufgrund der vorliegenden Auswertung zusammenfassend zehn Befunde festzuhalten:

1.) Auf der ersten Ebene kennzeichnet die Türkei-berichterstattung in der deutschen Presse eine starke Orientierung an militärischen Sachverhalten und Ereignissen. Fast die Hälfte der Beiträge (45 Berichte) über die EU-Kandidatur der Türkei in Medienberichten widmeten sich der Rolle des türkischen Militärs in außenpolitischen Themenkomplexen. Dass das türkische Militär in der deutschen Presse so prä-

sent und nicht in negativen Zusammenhängen dargestellt wird, ist offensichtlich eine neue Medienstrategie nach dem 11. September, die die öffentliche Meinung beeinflussen soll, den Einsatz militärischer Gewalt als Instrument der Außenpolitik zu legitimieren (Shapiro 2001: 19–24; Becker 2002: 169–171).

Während für die türkische Presse das Militär ein Tabu-Thema scheint (15 Prozent), hat die türkische Armee ein hohes Ansehen in der deutschen Presse. Fast die Hälfte der Türkeiiberichterstattung (39 Prozent) in der deutschen Presse hat einen militärischen Bezug. Die deutsche Presse versucht besonders in außenpolitischen Angelegenheiten und im Bereich der Sicherheitspolitik die Perspektive des türkischen Militärs wiederzugeben. Bei der hohen Zahl der außenpolitischen Themen handelt es sich um die Formel der Regionalmacht oder ein politisches Modell für Afghanistan oder um andere islamische Länder.

2.) Während in der türkischen Presse im Zusammenhang mit der EU-Kandidatur der Türkei das türkische Militär nicht so gerne erwähnt wird, wird in der deutschen Presse das türkische Militär als ein Instrument der Vereinnahmung für den Erhalt bestehender Machtverhältnisse dargestellt. Somit werden ein politisches System und dessen Institutionen, die mangelhafte Demokratie und Verletzung der Menschenrechte hervorbringen, unterstützt und gestärkt, damit man im Westen den diffusen Fundamentalismus-Ängsten vorbeugt. Wenn es um die Errichtung einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung geht, sind die proeuropäischen Kräfte in der Türkei enttäuscht, wie sich in Deutschland alles geändert hat. Der weitgehende Verlust der Glaubwürdigkeit – einer im Übrigen immer wichtiger werdenden moralischen Qualität –, die mit dieser nahezu vollständigen Imagedemontage Deutschlands verbunden ist, kann nicht mit den Prioritäten der deutschen Außenpolitik übereinstimmen.

Die deutschen Interessen an der Türkei unter den neuen internationalen Verhältnissen unterscheiden sich wesentlich von den amerikanischen Interessen. Das gilt sowohl für die Formel der ordnungsbildenden Regionalmacht als auch der Brücke zwischen Islam und Abendland. Der Versuch der USA, die Rolle der Türkei in Abhängigkeit von den Vereinigten Staa-

ten zu sehr hervorzuheben, hat negative Auswirkungen auf die deutsch-türkischen Beziehungen.

3.) In der türkischen Gesellschaft wird in nicht vermutetem Maß auf breiter Basis eine EU-Debatte geführt. Im Bereich der türkischen Gesellschaft wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die EU-Debatte im Dialog zu verarbeiten. Hinweise auf eine breite Welle politischer Integrationsbemühungen und Aktivitäten auch in kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht werden in den türkischen Zeitungen präsentiert. Demgegenüber fällt es den deutschen Zeitungen schwer, diese Bemühungen der Türkei an die deutsche Öffentlichkeit zu tragen. Türkische Bemühungen sind nicht berichtenswert.

Das deutsche Türkei- und das Deutschlandbild in der Türkei sind keine konstanten Werte, sondern sie verändern sich je nach Epoche und Zeitgeist. Diese Studie beweist zugleich, dass Länderimages sich mit der Zeit ändern können. Nachdem die Türkei den EU-Kandidatenstatus erlangt hat, hat sich das Deutschlandbild in der türkischen Presse kontinuierlich verbessert. Die türkischen Zeitungen sind in der Behandlung deutscher Themen und der deutsch-türkischen Problematik nicht mehr zurückhaltend. Denn das Bild der Bundesrepublik Deutschland wird in der türkischen Presse mit der EU gleichgesetzt. Wenn beim Kopenhagen-Gipfel im Dezember der Türkei kein Termin für formelle Beitrittsverhandlungen genannt wird, dann wird sich das Deutschlandbild in der Türkei in kurzer Zeit ändern. Die türkische Öffentlichkeit ist auf eine Absage nicht vorbereitet.

4.) Ein weiteres Ergebnis bei der Untersuchung betrifft Bewertungen. Für die kritischen Inhalte über die Türkei machen wir nicht die Journalistinnen und Journalisten verantwortlich. Wir bewerten z.B. einen Artikel über die mafiösen Strukturen in der türkischen Gesellschaft nicht als negative Berichterstattung, sondern sehen ihn als sachdienlichen Hinweis darauf, wo in der Gesellschaft Probleme liegen. Je mehr sich aber eine Journalistin oder ein Journalist in ihrem/seinem Artikel an tatsächlichen lokalen Ereignissen in der Türkei orientiert, desto sachgerechter ist sie/er. Im Unterschied zu Deutschland haben die türkischen Zeitungen einen aktiven „EU-Diskurs“ ent-

wickelt, was allerdings auf die Innenpolitik in der Türkei zurückzuführen ist. Während in Deutschland die Medien eine EU-Integration der Türkei nur repräsentieren, löst die türkische Presse eine politische Debatte über den EU-Beitritt der Türkei aus. Die türkischen Medien berichten weit häufiger und ausführlicher über Deutschland als umgekehrt. Dabei ist für die Türkei als EU-Beitrittskandidat die Berichterstattung viel wichtiger. In der türkischen Presse wird die EU-Kandidatur der Türkei auf breiter Basis verarbeitet. In der deutschen Presse sind Hinweise auf politische, kulturelle und wissenschaftliche Integrationsbemühungen zwischen der Türkei und Deutschland im Rahmen der EU-Kandidatur der Türkei so gut wie nicht zu finden.

5.) Viele der deutschen Zeitungen beobachten die türkische Szene kritisch. Manche Zeitungen wählen aber auch positive oder neutrale Themen aus der Türkei. Das Thema „Kurden“ im Zusammenhang mit der EU-Kandidatur der Türkei spielt nicht mehr eine große Rolle in der deutschen Presse, wie es Mitte der neunziger Jahre der Fall war. Die deutschen Zeitungen sind zurückhaltend in der Behandlung türkischer Themen und der deutsch-türkischen Problematik. In den türkischen Zeitungen haben die Äußerungen der deutschen Politiker über den EU-Beitritt der Türkei ein beachtliches Echo, während zu selbener Zeit in der deutschen Presse darüber nicht berichtet wird. Entweder interessiert sich die deutsche Leserschaft nicht für den Beitritt der Türkei oder solche Berichte werden von der jeweiligen Redaktion übersehen.

6.) Während in der türkischen Presse fast jeder Kolumnist über Deutschland und den EU-Beitritt der Türkei schreibt und somit unterschiedliche Perspektiven zur Betrachtung kommen, gibt es in der deutschen Presse nur einen einzigen Kolumnisten, der zudem für mehrere Zeitungen schreibt. Gerd Höhler schreibt für die Zeitungen *Frankfurter Rundschau*, *Kölner Stadt-Anzeiger*, *Handelsblatt* u.a. Somit entsteht in der deutschen Presse ein Mangel an hintergründig-aktueller, zeitgeschichtlicher Information sowie an unterschiedlichen Perspektiven.

7.) Die wenigen Berichte über Innenpolitik der Türkei, die von Türkei-Korrespondenten der Zeitungen verfasst sind, sind sachgerecht. Neben theoretischen

schen Abhandlungen über die Türkei gibt es auch die Berichterstattung, die sich an tatsächlichen lokalen Ereignissen orientiert. Der unumstrittene Einfluss der als „Qualitätszeitungen mit hohem journalistischen Niveau“ geltenden deutschen Presse auf die Meinungsbildung der Politiker vor allem im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist sehr groß (Wittkämper 1981: 24–26). Die Tatsache jedoch, dass in den deutschen Medien über den EU-Beitritt der Türkei nicht ausreichende Materialien vorlagen, zeigt – insbesondere, da es sich um ein politisches Thema handelt – die vage Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit. Es gelingt uns nicht, wegen mangelnder türkeibezogener Artikel Aussagen zum Türkei-Beitritt zu treffen. Trotz der großzügigen Unterstützung eines türkischen EU-Beitritts durch die Regierung des Landes und trotz Lobby-Aktivitäten ist es der türkischen Lobby dennoch nicht gelungen, das Land in der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen.

8.) Die Türkei muss etwa 50000 Gesetze und Verordnungen ändern oder reformieren, um auch nur einigermaßen die von der Europäischen Union geforderten Standards zu erfüllen. Solange die Reformen, die im Interesse der türkischen Bevölkerung sind, nicht durchgeführt werden, kann von einer Umwandlung nicht die Rede sein. Die Anpassung an die EU-Normen ist eine Mentalitätsfrage. Gesetzesveränderungen würden nicht ausreichen, solange der Wille nicht da ist, diese Gesetze umzusetzen. Man braucht stabile Institutionen, die die Demokratie und Menschenrechte schützen. Die eigentlichen Probleme, die der Türkei vor einem EU-Beitritt bevorstehen, sind nicht nur die politischen und rechtlichen Reformen, sondern auch die hohen Arbeitslosenzahlen, die Rolle des Agrarsektors in der türkischen Volkswirtschaft und die Agrarsubventionen, die in den EU-Ländern schrittweise abgeschafft werden. Hinzu kommt das starke soziale Gefälle, das eine gleichmäßige und gerechte Verteilung des Volkseinkommens unmöglich macht. 20 Prozent der Bevölkerung nehmen 67 Prozent des Volkseinkommens für sich in Anspruch. Diese Ungleichheiten werden sowohl in der türkischen als auch in der deutschen Presse überhaupt nicht erwähnt. In der deutschen Presse wird immer kritisiert, dass die Türkei nichts Ausreichendes gegen die Massenmigration unter-

nimmt. Wenn aber die Lage im eigenen Land nicht stabilisiert wird, wird auch die Festung Europa keine Ruhe haben. Es ist auch im westlichen Interesse, die ökonomischen Probleme global zu betrachten.

9.) Die EU-Berichterstattung in der türkischen Presse ist so emotionalisiert, dass die Erregungen, die durch eine Absage seitens der EU hervorgerufen werden, in eine Frustration umschlagen werden, die voraussichtlich wiederum aggressives Verhalten stimuliert. Trotz der türkischen Euphorie für den EU-Beitritt, die sich in den Zeitungen der Türkei spiegelt, tun sich die deutschen Medien schwer, eine eventuelle Mitgliedschaft des Landes in Erwägung zu ziehen. Die türkische Öffentlichkeit ist nicht vorbereitet auf eine mögliche Enttäuschung in Kopenhagen. Denn eine Absage im Dezember 2002 würde zur Frustration bei den Türken führen, die auf eine feste Terminzusage vorbereitet sind. Die Beziehungen zwischen der Türkei und EU sind gekennzeichnet von leichtfertigen Versprechungen und enttäuschten Hoffnungen. Wenn nach 40-jährigem Klopfen an die Tür Europas die Türkei im Dezember 2002 wieder getröstet wird, wird Ankara wohl seine europäischen Ambitionen aufgeben müssen. Die Türkei hat mit den beschlossenen Reformen die Distanz zu Europa zu einem großen Teil überwunden. Sie ist für Deutschland zu einem wichtigen strategischen Partner geworden. Mit dem gegebenen Stand der Beziehungen sollten sich jedoch beide Seiten nicht zufrieden geben. Der Weg nach Europa soll nicht blockiert werden.

10.) Aufgrund unserer Analyse kommen wir zu dem Ergebnis, dass die verschiedenen Themen in den türkischen und deutschen Medien jeweils Kommunikationshemmnisse produzieren, die kaum abzubauen sind. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland in der deutschen und türkischen Presse können als zufriedenstellend betrachtet werden. Dennoch besteht nach wie vor eine Anzahl von Problemen, die die Möglichkeiten einer deutsch-türkischen Partnerschaft begrenzen. Wenn man die internationale Rolle der Türkei im 21. Jahrhundert in ihrer weltpolitischen und geostrategischen Dimension betrachtet, die die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme der Türkei determinieren, so wäre die Basis der Beziehungen zwischen der Türkei und

Europa im umfassenden Dialog auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, in der gezielten politischen Zusammenarbeit und in der umfassenden wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung der Türkei bei der Bewältigung ihres rasanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels zu buchen.

■ Literatur

Alkan, Mustafa Nail (1994): *Die Perzeption der Türkei im Spiegel der westdeutschen Presse von 1960 bis 1971*, Bonn.

Alkan, Mustafa Nail (2001): „Die Europäische Türkei“, in: *Dünya – Deutschland*, 2.11.2001.

Ates, Seref (2000): „Die deutsch-türkischen Beziehungen in der türkischen Presse“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 7/2000, S. 32–61.

Becker, Jörg (1996): „Zwischen Integration und Dissoziation: Türkische Medienkultur in Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B44–45, S. 39–47.

Becker, Jörg (2001): „Vom Ausländer zum Türken. Bibliographie zur deutsch-türkischen Medienkultur“, in: Becker, Jörg/Behnisch, Reinhardt (Hg.), *Zwischen Abgrenzung und Integration – Türkische Medienkultur in Deutschland*, Rehbürg-Loccum, S. 185–193.

Becker, Jörg (2002): „Afghanistan: Der Krieg und die Medien“, in: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): *Medien zwischen Krieg und Frieden*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 142–172.

Becker, Jörg /Calagan, Nesrin (2002): „Türkische Fernsehnutzung in Herne“, in: Becker, Jörg/Behnisch, Reinhardt (Hg.), *Zwischen Autonomie und Gängelung – Türkische Medienkultur in Deutschland II*, Rehbürg-Loccum, S. 199–228.

Brosius, H.-B./ Esser, F. (1995): *Eskalation durch Berichterstattung. Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt*, Opladen.

Butterwege, Christoph (u.a.) (2002a): *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Diskurse um deutsche Identität, Leitkultur und Nationalstolz*, Opladen.

Butterwege, Christoph (2002b): *Rechtsextremismus*, Freiburg-Basel-Wien: Herder Verlag.

Czempiel, E.-O. (1981): *Internationale Politik*, Paderborn/München.

- Focus, Nr. 33, 12. August 2002: 154–157.
- Galtung, Johann; Ruge, Mari Holmboe (1970): „The Structure of Foreign News“, in: Jeremy Tunstall (Hrsg.), *Media Sociology*, London, S. 259–298.
- Gökce, Orhan (1988): *Das Bild der Türken in der deutschen Presse*, Giessen.
- Gottschlich, Maximilian; Obermair, Karl (1989): „Das Image Österreichs in den ausländischen Medien“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Völker und Nationen im Spiegel der Medien*, Schriftenreihe Band 269, Bonn
- Gumpel, Werner (2000): „Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Europa“, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 2000/Nr. 1 – 40. Jg., S. 65–72.
- Gür, Gürsel (1998): *Das Türkeiimage der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen*, Frankfurt.
- Güvenc, Meclioglu (1997): *Die deutsche Wiedervereinigung im Spiegel der türkischen Tagespresse*, Frankfurt.
- Hagen, Lutz M. (1995): *Informationsqualität von Nachrichten. Messmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen*, Opladen.
- Hagen, Lutz M. (1998): „Die Beachtung Deutschlands in ausländischen Medien als Funktion des Nachrichtenfaktors Nähe“, in: *Publizistik*, 43. Jahrgang, Heft 2, 1998, S. 143–157.
- Heckmann, Friedrich (1991): „Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten?“, in: U.Bielefeld (Hrsg.): *Das Eigene und das Fremde*, Hamburg, S. 51–78.
- Höhler, Gerd (2002): „Der Kurs in Richtung Europäische Union ist nicht unumstritten“, in: *Handelsblatt*, 05.06.2002.
- Kempf, Wilhelm/Reimann, Michael (1994): „Die Berichterstattung über alliierte Kriegsgefangene“, in: Kempf, W. (Hrsg.): *Manipulierte Wirklichkeiten: Medienpsychologische Untersuchung der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg*, Münster/Hamburg, S. 82–101.
- Keplinger, H.M./Weißbecker, H. (1991): „Negativität als Nachrichtenideologie“, in: *Publizistik* 36, S. 330–342.

Kramer, Heinz (1995): *Die Türkei als Regionalmacht, Brücke und Modell*, Ebenhausen/Isartal: SWP.

Maull, Hanns W. (2001): „Forderungen an die deutsche Außenpolitik“, in: *Internationale Politik*, Nr. 12, Jhg. 56, S. 1–10.

Meier, Werner/Schanne, Michael (1979): „Nachrichtenagenturen und globales Schichtungssystem. Eine Forschungsperspektive“. In: *Publizistik*, 24. Jg., S. 213–222.

Niedermüller, Peter (1998): „History, Past, and the Post-Socialist Nation“, in: *Ethnologi Europaea* 28: 169–182.

Quandt, Siegfried (1995): *Die Darstellung der Türkei, der Türken und Kurden in deutschen Massenmedien*, Gießen.

Roth, Klaus (2000): „Zu einer ‚Politik der interethnischen Koexistenz‘: Kann Europa von den historischen Vielvölkerstaaten lernen?“, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 2000/Nr. 1, 40. Jahrgang, S. 3–21.

Sacher, Patrick (2002): „Herausforderungen der künftigen EU-Türkei-Beziehungen“, in: *integration*, 25. Jg./April 2002, Heft 2/02, S. 164–168.

Scheufele, Bertram/ Brosius, Hans-Bernd (2001): „Gewalt durch ‚Fremde‘ – Gewalt gegen ‚Fremde‘“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 42. Jg., Heft 3, S. 447–473.

Schiller, Herbert I. (2000): „Der Markt als Waffe – Tendenzen des US-Imperialismus“, in: *Zeitschrift für Kommunikationsökologie*, 2. Jg., 2/2000, S. 43–48.

Schulz, Winfried (1990): *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*, 2. Aufl., Freiburg/München.

Sen, Faruk (1997): *Medienkonsum der türkischen Bevölkerung in Deutschland im türkischen Fernsehen*, Bonn: Presse und Informationsamt der Bundesregierung.

Shapiro, Shlomo (2001): „Medien und Terrorismus“, in: *Internationale Politik*, Nr. 12, 56. Jahr, S. 19–24

Staab, Joachim Friedrich (1990): *Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg/Breisgau, München.

Staab, Joachim Friedrich (2000): „Türkische Fernsehnews in Deutschland im Herbst 1992“, in:

Schatz, Heribert u.a.(Hg.), *Migranten und Medien*, Opladen, S. 219–231.

Ülger, Eris (1993): *Die Türkei in der deutschen Presse*, Hückelhoven: Verlag Anadolu.

Westerstahl, J./Johansson, F. (1986): „News Ideologies as Moulders of News“, in: *Journalism Quarterly* 27, S. 383–390.

Wittkämper, Gerhard W./Wehmeier, Klaus/Bellers, Jürgen: „Diplomatie und Presse – Kooperation und Konkurrenz?“, In: *Forschung, Mitteilungen der DFG* Nr. 1, 1981.

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1995): *Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit*, Opladen.